

Ersteilte Anzahlung
nachmitt. mit Annahme
der Summe und Restzahlung.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfennig, frei
ins Haus, durch die Post
bezogen vierteljährlich
1.60 Mk. ohne Postgebühr.

„Die Rote Welle“
(Unterhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pfennig.

Abonnement-Anzahlungen:
vierteljährlich 1.60 Mk.,
halbjährlich 3.00 Mk.,
jährlich 5.50 Mk.



Anzeigengebühr
Bekannt für die Spalten
Monatlich ab, deren Raum
20 Pfennig.
für ausserhalb Anzeigen
25 Pfennig.
Anzeigen unterhalb
die Seite 75 Pfennig.

Anzeigen
die die Hälfte Nummer
müssen zahlen bis zur
Veröffentlichung bis 10 Uhr in der
Geschäftsstelle aufgeben
lassen.

**Erhalten in die
Postzeitung.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. a Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1 1/2 Uhr mittags.

Solf, der Bundesratsprophet.

Herr Solf bereitet Südwestafrika zu seiner Information. Er hat aber die Gelegenheit wahrgenommen, über eine wichtige Kolonialfrage, eine programmatische Erklärung vom Stapel zu lassen. Der Reichstag hatte mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, die die Aufhebung des inhumanen kulturellen Verbots der Ehen zwischen Weißen und Farbigen verlangte. Die ausbeutungsfähigen weißen Farmer in Südwestafrika, deren großes Streben darauf gerichtet ist, die Eingeborenen kulturell und wirtschaftlich niederzuhalten, damit sie gezügelt und widerstandsunfähige Ausbeutungsobjekte für ihre weißen Herren bleiben, sind höchst unzufrieden mit dem Reichstagsbeschluss. Herr Solf ist doch auch, Herr Bundesrat, doch diese gleichgerichteten Seelen sind in einer Kundgebung des Unwillens gegen den Reichstagsbeschluss zusammengekommen. Wenn man sich erinnert, wie geschmetternde Niederlage dieser plötzlich aus dem Tropenland in das parlamentarische Gebäude verpflanzte Herr Solf in der Debatte über die Wählingsfrage erlitt, so darf er schließlich seine sonst recht geläufige Zunge in hoffnungsloser Verzweiflung verstricken lassen, kann man es menschlich begreifen finden, daß er jetzt die Gelegenheit ergreift, seine naiven Anschauungen über die Wählingsfrage vor einer auf unbedingte Zustimmung gerichteten Zustimmung vorzubringen.

Man haben wir es da aber nicht nur mit privaten Anschauungen des Herrn Solf zu tun; der Herr beliebt zurzeit das Amt eines Staatssekretärs und ist Mitglied des Bundesrats. Da hat er nun nicht nur eine Meinungsäußerung innerhalb der Kompetenz seines Amtes, als Vorkämpfer einer dem Reichsanwalt nachgeordneten Behörde, in die Welt hinausposaunt. Er ist erheblich weiter gegangen. Er hat verstanden, daß der Bundesrat wird dem Beschluß des Reichstags in der Wählingsfrage seine Zustimmung verweigern.

Diese Kundgebung ist in mehr als einer Hinsicht recht interessant. Zunächst drängte sich doch die Frage auf: Wie kommt denn der Herr Staatssekretär dazu, so schlanke zu erklären, was der Bundesrat tun wird?

Der Bundesrat ist eine Korporation, an Mehrheitsentschlüsse gebundene Behörde. Man kann wohl auf Grund von allenhand mehr oder weniger begründeten Vermutungen Wahrscheinlichkeitsentschlüsse in Beziehung auf sein Verhalten in bestimmten Fällen ziehen. Niemand, kein einzelner Bundesratsmitglied, auch der Reichsanwalt nicht, kann zu irgend einer Zeit behaupten: Der Bundesrat wird das oder das tun.

Die besser in der Beobachtung staatsrechtlicher Formen gebildeten Reichsbureaucratie werden es deshalb auch peinlich, dem Bundesrat die Mitteilung seiner Beschlüsse vorzugunehmen. Sie verschangen sich unbenommen Fragen gegenüber stets hinter dem formal berechtigten Einwand: Der Bundesrat hat noch nicht Beschluß gefaßt; wir sind deshalb nicht in der Lage, irgendeine Erklärung zu der Sache abzugeben zu können. So verfahren sie, selbst wenn sie allen Grund zu der Annahme haben, daß der Bundesrat zu einer mit der kaiserlichen Auffassung übereinstimmenden Antwort kommen wird. Herr Solf ist offenbar solche Bedenken nicht aufgezogen. Er prophezeit munter drauf los, was für Beschlüsse eine Körperschaft fassen wird, zu der die Einzelstaaten, die „hohen Regierungen“ ihre Vertreter entsenden, damit sie dort nicht ihre persönlichen Ansichten, sondern die Ansichten ihrer Regierungen bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Aber gerade darin, daß diese naive Nichtachtung des Bundesrats Herrn Solf offenbar gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, trägt sich mit erschreckender Deutlichkeit die Tatsache aus, wie wenig, wie herzlich wenig diese ehrwürdige Körperschaft eigentlich im Reich zu tun hat. All das feierliche Gerede von den „verbündeten Regierungen“ verhält sich doch nur höchst mangelhaft. Die Selbstherrlichkeit Preußens in allen höchsten Reichsangelegenheiten, besonders aber in Kolonial- und Kolonialamt abgemacht. Dabei haben Bayern, Sachsen, aber gar Schaumburg-Lippe und Meckl. u. d. L. „nig zu fagen“.

Also kein Wunder, daß der erst ganz frisch in die Ministerliste hineingewandte Herr Solf die sonst stets herborgerlebte staatsrechtliche Fiktion überließ und auf Grund irgend welcher Besprechungen sein K. und K. in alle Welt hinausposaunt, was die hohen Regierungen tun werden.

Diese tollstille Behauptung des Bundesrats auf bestimmte Zukunftsbefehle, macht uns aber doch gekannt dadurch, wie unumkehrbar gerade das eine sich verhalten wird.

Der Reichstagsbeschluss betreffs Aufhebung des Verbots von Ehen zwischen den Kolonien wurde nicht nur von der Sozialdemokratie aus allgemein menschlichen Gründen zuerst gefordert. Es stimmten ihr auch andere Parteien zu, weil das Ehebrot offensichtlich gegen die christlichen Sittengesetze verstößt. Die Form des erst in der Kommission, dann in der Plenum angenommenen Antrags rührt oberdem dem Zentrum her, das es nun in die dafür gestimmt hat. Man muß also annehmen, daß auch Herr v. Hertling, wenn er noch Reichstagsabgeordneter wäre, für diese Resolution gestimmt hätte.

Herr v. Hertling aber bildet jetzt mit einigen seiner Meinungsgenossen das bayerische Ministerium. Die bayerische Regierung hat sechs Stimmen im Bundesrat; Herr v. Hertling

selbst ist ihr erster Bundesratsbevollmächtigter. Es ist doch höchst unwahrscheinlich, daß er im voraus Herrn Solf ermächtigt hat, auch namens Bayerns zu erklären, daß der Bundesrat der Reichstagsresolution nicht zustimmen werde.

Da drängt sich doch eine Reihe von Fragen auf: Was wird die bayerische Regierung tun, um für diese offenkundige Nichtachtung des Bundesrats durch Herrn Solf Sühne zu erlangen? Wird sie ferner an ihrer zweifellos mit dem Reichstagsbeschluss übereinstimmenden Ansicht festhalten, oder wird sie ihre christliche Ueberzeugung den kapitalistischen Ausbeutungswürdigen zum Opfer bringen? Schließlich: Wenn sie im Bundesrat überstimmt werden sollte, wie ist dann von ihrem Recht, das sich in diesem Fall mit ihrem Pflichtbewusstsein nicht vereinbaren Gebrauch machen, um auch im Reichstag öffentlich für ihre Ueberzeugung und gegen den von Herrn Solf prophezeiten Bundesratsbeschluss aufzutreten?

Wir sehen nicht viel Hoffnung auf die Ueberzeugungstreu und die Christlichkeit der Bureaucratie, ob sie nun in katholischen oder in protestantischen Kirchen ihre amtliche Frömmigkeit bezeugt. Aber wichtig ist es doch, daß hier einmal eine Probe abgelegt werden muß, wie es damit steht. Der Sozialdemokratie haben jedenfalls die Handlanger des Kapitalismus wieder einmal eine treffliche Gelegenheit verschafft, die Uebersicht unserer Staats- und Gesellschaftsordnung an den Pranger zu schlagen. Es handelt sich nicht nur darum, die Bureaucratie auf Selbstverleugung zu treiben, sondern auch die Reichstagsmehrheit vor die Frage zu stellen, ob sie endlich einmal von ihrer wirksamsten Waffe, dem Budgetbewilligungsrecht, Gebrauch machen will, um jetzt, da sie in dieser Frage Recht und Menschlichkeit so sonnenklar auf ihrer Seite hat, den Widerstand des Bundesrats zu brechen.

„Echt liberal.“

Die ehemalige schwäbische Demokratie, die früher etwas rühmlich angehaucht war und die vor etwa vier Jahrzehnten nach dem ganzen Land für die Einführung des Volkstums nach dem schweizerischen Muster in Bewegung brachte, hat wieder einen Wind zurückgeweht, noch zu leicht oder passiv ist, seit sie sich dem Büchlein angeschlossen und sich in eine Abzweigung der fortschrittlichen Volkspartei verwandelt hat. Ehemals besaß sie eine Schärfe, die nicht leicht mehr geliegt werden konnte, was allerdings nicht hinderte, daß in diesem Lande, wo so viele die Wähler werden, werden, zahlreiche „Weiterentwicklungen“ von links nach rechts stattfanden, und zwar stets zu dem Zweck, Macht und Reichthum zu erlangen. Nunmehr fusionierten sich die alten Feinde, die sich solange gegenseitig als „Franzosenjünger“ und „Bismarckische Republikaner“ in ihren Wählern bewahrten, in die „Landtags-Volkspartei“, wo dies möglich ist, es betrifft 65 von 69 Kreisen untereinander. Die Sozialdemokratie ist in diesem Wahlkampf ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen, und sie wird jenem Abkommen zum Trotz Erfolge erringen, denn mit ihr ist der Geist und Zug der Zeit.

In den Vorparlamenten der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei wird die Wahlabstimmung als eine große Ergründungsfahrt gefeiert. Der Gedanke der liberalen Gemeinheitspolitik in Deutschland ist im Durchbruch begriffen; er markiert, heißt es da. Bei näherer Betrachtung wird man leicht finden, daß da etwas ganz anderes „markiert“ als ein wirklich liberaler Aufbruch und Fortschritt. Schon früher die bürgerliche Demokratie betont, daß die Nationalliberalen keine wirklich liberale Partei seien. Und das geschah zu einer Zeit, als die Nationalliberalen sich noch nicht so weit von ihrem ursprünglich liberalen Programm entfernt hatten wie heute. Und nun sollen sie mit einemmal Träger des „liberalen Geistes“ geworden sein!

Die nationalliberale Partei befindet sich zurzeit in einer Krisis, die von den Vätern der Schwereindustrie veranlaßt worden ist. Diese zahlten bisher namhafte Beiträge an die nationalliberale Partei zu Wahlwahlen und erwarteten dafür entsprechende Gegenleistungen, wie zum Beispiel das Eintreten der Partei für die Wahlwahlen. Da der linke Flügel aus Furcht vor den Wählern diese Beiträge nicht mehr zu zahlen will, sondern nurmehr ihre Subsidien nur solchen Nationalliberalen zuteil werden lassen, die für den „Schutz der Arbeitsmoral“ eintreten. Wahrscheinlich wird die Krisis mit einer Spaltung endigen, und man weiß heute noch nicht, wie viele „Nationalliberalen“ zu den reaktionären Schlottern überlaufen und wie viele beim heutigen „linken Flügel“ bleiben werden.

Während man die künftige „liberale“ Knappschuß der Schwereindustrie noch nicht übersehen kann, ist um so leichter die „liberale“ Knappschuß der Zucker- und Agrarier zu misern. „Geben Sie doch wenigstens ihre nationalliberalen Gedanken her“ rief einmal der Abgeordnete Eugen Richter, als er noch nicht an reaktionären Ansichten litt, den Agrariern zu. Aber diese Schlägen sind nicht freigegeben worden; sie stehen heute mehr denn je unter dem Druck des konservativen Terrorismus und der immer frisch geänderten Furcht vor dem toten Geistes. Wiederholt haben die Nationalliberalen erklärt, daß sie an der gegenwärtigen Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten und auf dem Tarif von 1902 bestehen wollen. Die Nationalliberalen rechts und links sind unumkehrbare Anhänger der Zollwunden und Lebensmittelerzeugungs-Politik. Vor den Wahlen spricht man natürlich bei der schändlichen Verwässerung möglichst wenig davon; die Landliche sucht man damit zu täubeln. Im Reichstage sind es die Nationalliberalen, welche die Fortsetzung der Lebensmittelerzeugung garantieren, resp. mit Zucker und Weizen eine Mehrheit für sie bilden. Und das heißt man „den liberalen Gedanken in Risk bringen“, wenn man die nationalliberalen Agrariern eine Anzahl von Eisen garantiert.

Fragen wir, was kam, als die Nationalliberalen im neuen Deutschen Reich eine große Macht erlangt hatten? Zunächst stießen sie vor Bismarck demoralisiert, daß die freisinnigen Garantien, die man im neuen Reich erwartete, verloren gingen; dann wurden sie die Träger des so lächerlich verurteilten „Kulturkampfes gegen Juden und Katholiken“, später die des Sozialistengesetz. Nachdem sie mit diesem Volkstumspelege sich das entsprechende historische Denkmal gesetzt, unternahm sie aus Anlaß der Ermordung des französischen Präsidenten Carnot durch einen Italiener einen kühnen Schritt, um die Regierung zu erweichen. Umfragen ergaben zu drängen. Und hier will es denn ermit nehmen, wenn auch alledem von dem „Liberalismus“ dieser Partei geblieben wird, die jedoch bereit war und je nach Umständen auch jederzeit bereit ist, die wichtigsten Volkrechte zu opfern? So ist der „liberale Gedanke“ bisher bei den Nationalliberalen markiert worden und so markiert er weiter. Aber nennen wir lieber die Sache beim rechten Namen und nennen wir dies neue Wahlbündnis als ein Zeichen, daß im Bürgerthum der reaktionäre Gedanke markiert. Denn das Bündnis in Würtemberg gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, leuchtet ein.

Auch diese neue Bündnis ist ein Symptom dafür, daß gegenüber der großen sozialen Bewegung sich die bürgerlichen Parteien immer mehr über die großen Gegensätze, die sie bisher getrennt, hinwegbewegen beginnen. Mit Naturnotwendigkeit führt der Gang der Dinge dahin, daß die Bestimmung des Reiches erst erfüllen wird: „Ein Jüden, ein drüben nur gilt!“

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 16. Juli 1912.

Willst Du nicht mein Bruder sein . . .
Daß man dem den Schädel einschlagen dürfe und müsse, der nicht lieb Weidwetter spielen wolle, hat bekanntlich der verlorene Reichstag und Bismarck, nicht Bülow, als sozialdemokratischen Grundgedanken festgeschrieben. Aber nicht er seinen damaligen guten Freunden einen Rubin, denn nun die hyperarische Deutsche Tageszeitung bereitigt Weise für die Junger in Anspruch nimmt.

Zwischen dem Sanftmuth und dem Bund der Landwirte war ein lebhafter Streit darüber entstanden, wer von den beiden Organisationen durch Anwendung des gesellschaftlichen Wohlwollens Terrorismus treibe. Die Presse des Sanftmuths war in der Lage, den Agrariern eine ganze Anzahl Blüde vorzuführen, wo Mitglieder des Bundes der Landwirte Andersgefinnte mit dem wirtschaftlichen Wohlthut bedroht haben. Daraus erklärt nun die Deutsche Tageszeitung:

„Die Agrarier sind eben unverbesserliche Gemüthslosen, die es hier sogar annehmen, Leute, die weit ihnen auf boshafte politische und wirtschaftliche Gleichschaffungen einzuwirken, auch im privaten Leben lieber zu unterziehen, als diejenigen, die ihnen den politischen und wirtschaftlichen Kampf bis aufs Messer ansagen. Wer das Wohlthut nennen will, der kann das ja gerne tun.“

Ganz unsere Meinung! Dann darf aber auch die agrar-konterpäre Presse nicht mehr über Wohlthut und Terrorismus geteilt, wenn die Arbeiterische es abseht, einen Scharfmacher oder Sozialistenreicher geschäftlich zu unterziehen.

Katholische Lebensbedingtheiten.

Das katholische Deutschland wirt in seiner jüngsten Nummer (21) dem Volkseren für das katholische Deutschland „direkte Aufhebung gegen den Stellvertreter Christi“ und „Gärdie“ (d. h. Arbeiter, Freier) vor. Man erkläre von W. Gladbach aus schon den Katholiken, „wie beugt dem Kapalle nicht zugehören, wenn er die Gemeinlichkeit beruht, denn darin ist er nicht unsehbar.“ Dabei bezieht man sich auf einen in der W. Gladbach Aboligentlichen Rundschau erschienenen Artikel. Das katholische Deutschland nennt ihn „die unerbittliche Bräuterei einer katholischen Zeitung eines katholischen Vereins gegen den Staatlicher Jesu Christi“, und man „heute zum Schluss wieder in widerlicher Weise die Kreuze gegen den oben angelegten Kapalle!“

In einer Auseinandersetzung mit der bademittischen Schlesischen Volkzeitung taucht das katholische Deutschland über die Kirche in so wenig Worten so viel Positiv und Negativ auszusprechen. Die schließliche Volkzeitung argumentiert in wahrhaft freier Weise und rufe in „Katholischer Weise“ den Einbruch hervor, als ob der Staat durch die päpstlichen Exkommunikation erkrankt sei und der Kopf den Panzern, in die Vertheilungsbewegung geworfen habe. Zum Schluss heißt es in dem Platte des Freieres Lieberwilt, man sei „verpflicht, auszurufen: Wisi Volkzeitung!“

Zu dem Streit der Germania mit der bademittischen Emsener Volkzeitung schreibt das katholische Deutschland, die Germania werde „von den Wählern der Kömer in der niederträchtigsten Weise angefallen“, bedroht und belächelt. Kömer, werde „immer freier.“

In den Petrus-Wählern (Erer) veröffentlicht Sozialist Meiser einen Artikel über Louis Reuillot, ein Spiegelbild für unsere Zeit, worin er von den römischen Kaiser aus geht und auf die „lebige Staatskompetenz“ kommt. Im Anschluß daran sagt er: „Reuillot war ein Mann, der auch eine Lebensbedingtheiten (1), die ebenfalls Christus und seinem Stellvertreter zuzurechnen: Wie hierher und nicht weiter!“

Das zielt unentwahrbar auf den Zentrumabgeordneten Schiffer. Sollte Sozialist Meiser bereits den oben erwähnten Wirtel der Apol. Rundschau gekannt, so würde auch er wohl die Petrus-Wahlkreise für das katholische Deutschland als „Katholiken“ gekennzeichnet haben.

Junfer- und Streifbrecherprivilegien.

Im bayerischen Reichsrat regte am Montag der Baron v. Thüngen die Wiedererrichtung der fünf alten Landesgerichte an. Auf Grund persönlicher Erfahrungen bezweifelte er, daß die bürgerliche Justiz und namentlich die „Zukunftsbare Kälberkammer“ fähig sei, sich in den Geburten freierlicher Mediziner zu vereinigen. — Der Justizminister wies diese Angriffe auf die Justiz zurück. Herr v. Thüngen meinte, er habe nur Anregungen für künftige Reformen geben wollen.

Als Referent des Justizgesetzes forderte der frühere Ministerpräsident v. Crailsheim einen verstärkten Schutz der Streifbrecher; schon im Ausschuss hatte er dabei ohne Namensnennung gegen das Vortreten des Professors Brantano polemisiert. Der Justizminister sagte nicht Nein und nicht Ja, sondern vertagte seine Meinungen über diese Frage bis zur allgemeinen Strafrechtsreform im Deutschen Reich. Dagegen stimmte der Justizminister dem bekannten Professor v. Schanz zu, der im Reichsrat das Wort prägte: Wer nicht weiterkommen kann, zieht die Richterrobe an!

Deutsches Reich.

— Demonstrationen in Breslau. Zu einer gewaltigen Demonstration gegen die Breslauer Abschreibung in Gewerkschafts- und Streiffragen geleitete sich ein am Sonntag von den dortigen freien Gewerkschaften veranstalteter Umzug durch die Stadt. Die Polizei hatte keine Quantität mehr, den Festzug zu verbieten. Wie herrlichem Wetter gegen 22 000 Gewerkschaftler mit 28 Fahnen durch die Straßen. Am der Spitze des Zuges erschien eine Allegorie: Die Arbeit als die Siegerin der Kultur; dann folgten 45 Gewerkschaften zum großen Teil in Berufsgruppen und mit Fahnen, auf Bagen auch Sinnbilder ihres Berufs mitführend. Die Metallarbeiter waren 5000, Holzarbeiter 2000 Mann stark, Bauarbeiter und Fabrikarbeiter in ähnlicher Stärke erschienen. 12 farblich bemalte Gläser waren in einem besonderen „Recherchenwagen“ befestigt, der überall mit Hurrahs begrüßt wurde. Hinter dem Zuge drängte noch eine noch schätzbarere zählende Menge dem Festzuge zu. Aus den Fenstern der Häuser, auch in gut bürgerlichen Stadtteilen, erfolgten Sympathieausdrückungen. Der Vorbeimarsch dauerte zwei Stunden; die Zugteilnehmer sangen während des Marsches Arbeiterlieder.

— Ueber die Inkraftsetzung der Reichsversicherungsordnung veröffentlicht der Reichstagspräsident am Montag eine Verordnung, nach der die Vorschriften über Krankenversicherungen (§ 414) mit dem 1. September 1912, die Vorschriften des Dritten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften mit dem 1. Januar 1913, alle übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, soweit sie nicht bereits vorher in Kraft gesetzt worden sind oder noch werden, mit dem 1. Januar 1914 wirksam werden. Alle bestehenden Gemeinde-Krankenversicherungen sind mit Ablauf des 31. Dezember 1913 zu schließen. Ortsrentenklassen für einzelne oder mehrere Gemeindebezirke oder Wirtschaften, welche weiter zu bestehen werden wollen, haben einen solchen Antrag bis 31. Dezember 1913 zu stellen. Die den Hilfsklassen gemäße Beitragseinkünfte nach § 76 a wird mit Ablauf des 30. Juni 1914 unzulässig.

— Zur Reichstagswahl im Wahlkreis Westfalen. Eine Vertrauensmännerdelegation der hiesigen Arbeitervereine haben im Oktober Joseph Baer, ein aus Marburg (also nicht den Landtagsabgeordneten Eisenberger) als Kandidaten auf.

England.

Das Ergebnis der parlamentarischen Wahlkampf in Gales kann nur als eine empfindliche Niederlage der Arbeiterpartei bezeichnet werden. Die Partei hat das Mandat, das der eben verstorbenen Präsident des Britischen Bergarbeiterverbandes Enoch Edwards seit 1906 mit enormen Majoritäten gegen den konservativen Gegenkandidaten bekaupft hatte, an die Liberalen verloren. Ja noch mehr, der Arbeiterkandidat ist auf die dritte Stelle gedrängt worden, und seine Stimmengahl erreichte kaum mehr als ein Viertel der konservativen oder liberalen Stimmen.

Madame Bovary. (Nachd. verb.)

Ein Sittennovell aus der Provinz von Gustave Flaubert. Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettinger.

IV.

Schon in aller Morgenfrühe begannen sich die Gäste aus der ganzen Umgebung einzustellen, in Fußweibern edlen Schlags und Alters; auf langjähigen Reitern, zweirädrigen, leichtem Karren, alten Kuroletts ohne Verdeck, — das junge Volk aus der nächsten Umgebung auf primitiven Heumoggen, auf denen sie ließen und sich an der Wagenleiter halten mußten, um nicht zu fallen, denn es ging im Trab und rüttelte alle Knochen durcheinander. Ueber zehn Weisen weil kamen sie herbei, von Goderville, von Normandville und Cam. Man hatte die ganze Sippe der beiderseitigen Familien eingeladen, kleine verwandtschaftliche Zusammenkünfte betrogen sein lassen und alte, fast verlorene Beziehungen wieder angeknüpft.

Wie paar Minuten löste Weichheit den Weg darauf; der Schlagbaum ward aufgetan, und ein Fußweiber sollte auf den Hof. Vor der Freitreppe des Hauses hielt es an und entleerte sich rasch nach allen Seiten hin seiner Insaßen, die ihre teigewordenen Gliedmaßen rieben und redeten. Die Damen trugen Hauben und fädelig geschnittenen Kleider, goldene Uhrentaschen, Pelzermäntel, deren freigelegte wie die Taille geschwungen oder auch kleine, farbige Hübs, die im Rücken mit einer Stiefel auf aufzuhängen waren und den Rücken frei ließen. Die halbblühenden Jungen hatten dieselbe Tracht, die ihre Herren Väter und fühlten sich in ihrer neuen Gewandung nicht unbehaglich; mancher weichte lieber überhaupt sein erstes Paar Stiefel ein. In ihrer Mitte hielten sich die Mädchen von vierzehn bis sechzehn Jahren, schlau und ältere Schwärzler, in weißen, feinstärksten Kleidern, die noch von ihrer Kommunion her stammten und nun den Umständen entsprechend etwas länger gemacht worden waren, alle gleich hochrot und verächtlich, das Paar stänfend von Hofensomade bekleidet; in Angst, daß die Handtücher schmutzig werden könnten.

Da es an Anechten fehlte, um die Wagen alle abzuschieben und zu verbergen, so freizitien die angefangenen Herren jeweils ihre Kermel und Mandelchen zurück und legten selbst mit Hand an. Je nach dem Standesunterschiede trugen sie Strüde oder Leberöde, Jaden oder Ramilote als Stiefelgüßel im Frieden, die während des Fahrens von der ganzen Familie in Eile gehalten und nur zu den feierlichsten Gelegenheiten aus dem Spind genommen wurden; Leberöde mit mächtigen Schößen, die im Winde flatterten und sich aufblähten, aplindrischen Stragen und weiten, federartigen Kniehöfen; Jaden von bloßem Tuch, das benennend mit einem schmalen, mit messinggeschmücktem Schürze getragen wurde; kurze Ramilote mit zwei blauen Knöpfen gleich einem Augenpaar im Rücken, die

ralen Stimmen. Der siegreiche liberale Kandidat Outhwaite erhielt 6447, der unterlegene konservativ Kandidat Ritter 6969, der Arbeiterkandidat Finney, Präsident des Vergarbeiterverbandes von Staffordshire, aber nur 1604 Stimmen. Bei der letzten Wahl im Dezember 1910 hatte Edwards 8342, bei den Januarwahlen 1910 sogar 9199 Stimmen erhalten. Bei diesen Wahlen hatten die Liberalen bekanntlich keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern geschlossen für Edwards gestimmt.

Die Liberalen haben also einen Grund, mit diesem ersten großen Angriff auf die Mandate der Arbeiterpartei aufzubecken zu sein. Sie haben auf das unangenehmste bemerkt, daß die Arbeiterpartei das Ganzer Mandat nicht der eigenen Kraft, sondern der Gunst der Liberalen zu verdanken hatte. Die Größe des Mißerfolges der Arbeiterpartei ist aber auch auf gewisse besondere Umstände zurückzuführen. Die Wahlorganisation des Kreises, die Enoch Edwards das Mandat sicherte, war nämlich in den Händen der Liberalen, die jetzt dieselbe Organisation mit allen Kräften gegen den Arbeiterkandidaten gebrauchte. Finney geschloß politisch zur selben Schule, der Edwards angehörte, er ist ein Liberaler, und geschloß seinen und des Liberalen Kandidaten Wählern kann ein wesentlicher Unterschied nicht bestanden haben. Ein großer Teil der Arbeiterpartei des Ortes war deshalb mit seiner Kandidatur so unzufrieden, daß Sir Hardie, der Finney mit allen Kräften unterstützte, sich genötigt sah, an denjenigen Arbeiter, die Finney aus diesem Grunde nicht unterstützen wollten, die Bitte zu richten, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Daraus machte sich auch die starke Zunahme der konservativen Stimmen erklären. Andere Arbeiter, die nicht so weit gehen wollten, haben sich offenbar der Stimme enthalten, denn Stimmengählungen waren bei der Wahl außerordentlich zahlreich. Ein anderer Umstand ist, daß die große Mehrzahl der Arbeiterwähler des Kreises nicht Vergarbeiter, sondern die hart zurückgebliebenen Arbeiter, die mehr als irgend eine andere Arbeiterpartei des Landes unter den Wirklungen des Vergarbeiterstreiks zu leiden gehabt haben. Diese haben offenbar den liberalen Kandidaten dem Vertreter der Vergarbeiter vorgezogen.

Die Arbeiterpartei darf sich in Zukunft nicht mehr darauf verlassen, durch die Gunst der Liberalen ins Parlament einzuziehen, sondern sie muß ihr parlamentarisches Erbe erwerben, um es zu besitzen. Die dringende Aufgabe ist der Ausbau der Wahlorganisationen, denen bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Frankreich.

Mit fieberhaftem Eifer ist im französischen Parlament in den letzten Tagen abgemittelt worden. Man wollte unbedingt am Freitag den 12. April den im Schlußabsatz des Gesetzes, das wir bereits besprochen haben, erwähnen wir aus der Fülle der Vorlagen, die in den letzten Tagen das gedämpfte Licht des Parlaments erlöschten, nur die bedeutendsten. Von Kammer und Senat wurde definitiv eine Novelle zum Altersversicherungs-gesetz angenommen, das den staatlichen Rentenzufuß von 60 auf 100 Frant erhöht und die Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre herabsetzt. Außerdem wurde die Anmeldegebühr — um auf den Staatszuzufuß Anspruch zu haben — zum zweifachfachen hinausgeschoben, und zwar bis 1. Januar 1913.

Auch die langjährigen Forderungen der Vergarbeiter sind erfüllt worden. Nach der Berücksichtigung des Achtstundengesetzes ist auch die Verlangte in dem Schlußabsatz des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung angenommen worden. Als E. Thomas — angenommen worden. Das Gesetz, das allerdings noch der Zustimmung des Senats bedarf, garantiert den Vergarbeitern nach dreijähriger Beitragsleistung und der Vollendung des 55. Lebensjahres eine Altersrente von 720 Frant. Der Staat liefert einen Rentenzufuß von 100 Frant. Diese Gesetze sind freilich nur unter der drohenden Gefahr eines allgemeinen Vergarbeiterausstandes durchgesetzt worden. Erwähnenswert sind weiter die Annahme einer Novelle zu dem Gesetz über den Bau billiger Wohnungen — wodurch gemeinnütziger Wohnungswesen wesentliche Vergünstigungen erhalten und die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 200 Millionen durch die Stadt Paris zum Bau billiger Wohnungen. Der Antrag entspricht

der Initiative eines sozialistischen Gemeinderats, dem Genossen Brunet. Schließlich sei noch an das Gesetz erinnert, das das Rotzolltarif über die Parzelle organisiert. Das ging nicht ohne Weh und Ach. Die französischen Patrioten sind nämlich dahinter gekommen, daß die Erwerbung von Parzellen ein ebenso teures wie gefährliches Unternehmen ist. 60 000 Mann sind schon drüber und diese genügen kaum, um die alte Marokkopolizei im Innern zu halten. Schließlich ist ein Gesetz erlassen, das nützlich angenommen wurde. Die politische W. K. M. F. In den letzten Wochen sprachen die Mandatanten davon, um der Regierung ein Bein zu stellen. Selbst ist es jedoch still geworden. Die Wahlreform ist votiert, somit hat die Annahme jedes Interesses für die Mandatanten verloren ...

Portugal.

Revolutionäre Monarchisten. Der Kriegsminister wurde benachrichtigt, daß eine republikanische Kolonne eine Schar von Republikanern in der Nähe von Sate angegriffen und 11 Mann getötet habe. Der Rest wurde von einer anderen republikanischen Truppe zerstreut. Im Verlaufe jenes Zusammenstoßes wurden 9 Monarchisten getötet und 22 gefangen genommen. Unter ihnen befinden sich auch 6 Priester. Der Kampf dauert fort.

Belgien.

Streik der Straßenbahnen. In Gent feiern seit gestern die Straßenbahnschaffner und Führer. Sie verlangen eine Lohnausbezahlung bis zu 150 Frant. Da die Direktion der Straßenbahnen diese Forderung nicht bewilligt, hat ungefähr die Hälfte der Angestellten die Arbeit niedergelagt. Der Dienst wird in geringem Maßstabe aufrechterhalten.

Türkei.

Kaufman in Saloniki. Eine Depesche aus Saloniki an den Corriere della Sera behauptet, daß das Korps welches am Eingang des Hafens von Saloniki garnisoniert ist, sich erhoben hat. Die Soldaten verlangen freigelassen zu werden, da die Zeit ihres Militärdienstes abgelaufen sei. Ein Rebell tätete einen Offizier mit dem Namen: Es lebe Abdul Samid. Die Behörden glauben an ein Komplott. — Der Sultan bestreitet den Scheinbruch einer Katastrophe. Er soll sehr ausgelegt sein. Das Kabinett hat der Auforderung des Sultans, zu demissionieren, bisher nicht entsprochen. Es kämpft um seine persönliche Ehre. Morgen soll eine Zusammenkunft der Offiziere stattfinden, die über das Ultimatum Beschlüsse fassen soll. In den Reihen des Komitees werden bereits harte Misse bemerkt, die vielleicht schon morgen deutlich hervortreten. Das Übergewicht wird, der sonst sehr stark liegt, mit einem gewissen Trümmer der Demotion entgegengewirkt, liegt größtenteils in persönlichen Motiven.

Das franko-italische Einvernehmen.

Römische Blätter veröffentlichten ein Interview des früheren Kabinetschefs Visconti. Dieser wies auf die Bemühungen hin, die er sich während zehn Jahren gegeben habe, um eine Annäherung und eine Versöhnung zwischen Italien und Frankreich herbeizuführen. Der Dreißigjährige Krieg habe die Bewegungsfreiheit, wie sie auch Deutschland gehabt habe, indem es mit Aufricht und wichtige Abmachungen getroffen habe. Die guten Beziehungen zwischen den Ländern des Dreißigjährigen Krieges und des dreifachen Einvernehmens nützen dem europäischen Frieden und verhindern eine Zersplitterung der beiden Mächtegruppen, wodurch leicht politische Gewitter entziehen könnten. „Wir wollen eine ausgeprägte franko-italienische Freundschaft, ohne nebenhässliche Absichten finanzieller Art. Diese Freundschaft muß aus den letzten Schwierigkeiten hervorgehen und wird glücklicheren Zeiten gütlicher sein.“

Fraus der Partei.

Aus der Partei.

Von der Generalversammlung des 21. sächsischen Reichstagswahlkreises ist mitgeteilt, daß die Organisation im letzten

wegte. Vor dem Bärm seines Instruments schlüchteten die kleinen Singvögel anständig ins Gebrüll. In dem großen Wagenstüber waren die Tafeln zum Essen aufgeschlagen. Vier reizige Leberöde wurden serviert, jedes sechs Schüsseln Silbertrichter, unterirdische Rabbits und Quinqueluxen und als Haupt- und Schlußstück ein gelobtes Rekel, das mit vier goldenen in Seidenschmuck getriebenen Weisen garniert war. In baugleichen Karaffen hand der Weinwein auf den Tischen; der süße Most wurde aus verbleibten Gläsern getrunken an denen der perlende Schaum begehrt. Die Gläser hatte man förmlich schon vor dem Beginn des Essens ordentlich Spitzchen lassen große Blatten an einen gelblichen Creme die beim geringsten Stoß am Tische ins Rütteln kam; oben auf rotem Fuderzug prangte der Namenszug der Weinvermählten in gewundenen Arabesken.

Auf Tischen und Konfekt hatte man eigens einen Konfitor aus Anet kommen lassen, der mit Mühsal darauf, daß er zum erstenmal in diese Gegend befehlt war, seine ganze Bekleidungsstärke aufgetrieben hatte. Das Konfitor, das er zum Schluß der Tafel persönlich herbeigetragen, entlockte der Gesellschaft laute Ausrufe der Bewunderung. Die Unterlage von blauem Karren stellte die Stuhllehne eines Tempels dar, in deren Rücken stierliche Statuetten aus Tragant aufgestellt gegeben hatten. Wie delizios mit zahlreichen Ständen von Goldarbeit. Darüber erhob sich ein bieder Tuem von Franzosen, Harand von allerhand kleinem Geschütz, Mandeln, Molken, Apfelsinenschnitten und dergleichen. Auf der dritten Plattform diente Marie endlich, die eine grüne Wiefe mit Zeichen von Marmelade und kleinen Schiffchen von Aufsicht darstellte. In ein kleiner Amor in einer Schale von Schokolade, deren beide Hälften oben als Knäufe einer natürlichen Rosenkranz trugen.

Bis zum Abend dauerte das Essen. Wer das Essen satt hatte spazierte auf dem Hofe oder unterließ sich damit, in der Scheune mit Gelbblüden nach aufgeschlagenen Propfen zu werfen. Nach einiger Zeit feierte man dann zu Tische zurück. Man sah einer, dem es zu lange dauerte, nicht schließlich auf seinem Stuhl ein und schwand. Erst als der Kaiser sich wurde alles wieder lebendig. Man stimmte wieder an, weiterte in Kraftstücken, im Heben von Zentnersteinen und Blauscharen, rief allerhand derbe Scherze und küßte die Damen ab.

Als es zum Aufbruch ging, wollten sich die vollgefressenen Gäste nicht in die Droschken spannen lassen. Sie bäumten sich, feierten sich, die Geliebten riefen, während die Männer sich flüchtend oder lachend mit ihnen zu schaffen machten. Die ganze Nacht über waren da und dort auf den Landstraßen beim Vollmondschein durchgehende Herde mit ihren Wagen zu sehen, wie sie im getrockneten Galopp dahinfuhren, bald an einem Hügel hängen blieben, während aus den Wägen links die Hände der Frauen freckten und trampelhaft die Zügel zu erschauen bemühten.

(Fortsetzung folgt.)

Jahre 600 neue Mitglieder. Die Volkstimme 1200 neue Abonnenten gewonnen hat. Lieber den Parteitag referierte Genosse Stenz der sich auf den Standpunkt stellte, daß der Vorschlag der Reorganisationskommission, einen Bezirk zu wählen nicht zu empfehlen sei. Eine Verärgerung der Kontrollkommission und Erweiterung deren Rechte liege im Parteinteresse. Diese Stellung wurde von der Parteiverammlung einstimmig gutgeheißen. Als Delegierte für den Parteitag wurden Parteisekretäre Jung und Gensse für Leipzig gewählt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins für den ersten wärmerischen Wahlkreis erklärte sich für die Erhöhung des Mindestbeitrages mit Veridifizierung einer Ubergangszeit für die finanzschwachen ländlichen Wahlkreise. Die Vorschläge über eine Teildelegation der Reichstagsfraktion und über Einlegung eines Parteiaussschusses wurde abgelehnt. Als Delegierter wurde Genosse Bede Weimar gewählt. Die Mitgliederzahl im letzten Jahre von 1889 auf 1924 gestiegen.

Der aus 42 Orten bestehende Parteitag von Schwarzburg-Rudolstadt äußerte Besenken hinsichtlich des einheitlichen Monatsbeitrages von 40 Pf., da für Schwarzburg-Rudolstadt noch ein Monatsbeitrag von 20 Pf. besteht. Als Delegierter zum Deutschen Parteitag wurde Genosse Köhler-Krankehausen gewählt. Die Zahl der Ortsgruppen liegt von 34 auf 42, die Mitgliederzahl auf 236, davon sind 109 weiblich. Das in Saalfeld erscheinende Volksblatt hat zurzeit 7000 Abonnenten, davon 2850 in Schwarzburg-Rudolstadt. Ein wunder Punkt ist das Porto an die kleineren Filialen, das im letzten Jahr über 5000 Mk. Betrag und den Etat des Blattes sehr belastet.

Vor den Gemeindevorständen in Göttingen,

die am 11. Dezember vorigen Jahres stattfanden, waren Stimmgelötter bedrückt worden, die eine andere Stimmentauschung vorlesen, als in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschlossen worden war. Bei dem Proporzionalwahlverfahren in Wittenberg hat der Wähler das Recht, innerhalb eines Wahlbezirks den zur Wahl vorgeschlagenen mehrere Stimmen, und zwar bis zu drei, zuzufügen. Die Parteiverammlung hatte beschlossen, daß die Kandidaten Kienle und Ehrhardt je eine Stimme erhalten sollten. Nach den geänderten Teilen sollte Ehrhardt eine weitere Stimme, Ehrhardt aber zwei weitere Stimmen erhalten, so daß die Genossen Frank und Kienle ausfielen. Die Herausgabe geänderter Stimmgelötter führte zur Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen die Genossen, welche an der Verteilung der Stimmgelötter beteiligt gewesen sein sollten. Der Ausschluß gegen die Stimmgelötter ist bis heute noch nicht ermittelt. Das Schiedsgericht, das am 12. Juni unter dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin in Göttingen tagte, stellte einstimmig fest, daß zwei der angeführten Genossen eine Verbreitung der abgeänderten Stimmgelötter nicht nachgewiesen werden konnte. Die Genossen Hutmehner und Weber gaben zu, geänderte Stimmgelötter zu haben. Beide erklärten, daß sie glaubten, dasu berechtigt gewesen zu sein, und daß sie ihr Verhalten auch nicht bedauern. Trotzdem am Tage der Wahl vor Abgabe geänderter Stimmgelötter gemerkt worden war. Das Schiedsgericht erklärte in dem Vorgehen der Genossen Hutmehner und Weber keine strafbare Handlung, aber es ersichtete mit vier gegen drei Stimmen, daß ein beharrliches Umherstreifen gegen den Beschluß der Parteioorganisation vorliegt, durch das das Interesse der Partei gefährdet wurde. Nachdem ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei abgelehnt worden war, erkannte das Schiedsgericht gegen beide Genossen auf Ausschließung von Vertrauensämtern für die Dauer von zwei Jahren.

Spaltung in der Sozialdemokratie Italiens.

So förmlich es für den italienischen und für den internationalen Sozialismus sein muß, daß in der italienischen Partei eine Spaltung eingetreten ist, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß der innere Zwiespalt, der unsere Partei kriechend seit Jahren ihre besten Kräfte lähmt. Darum ist es gut, daß aus der in Reggio geplanten „Abklärung“ einzelner Genossen eine regelrechte Parteispaltung geworden ist, die die sozialistische Partei des beständigen inneren Kampfes überlebt und sie wieder zu sich selbst kommen läßt.

Die Spaltung ist nicht auf Grund geringfügiger Abweichungen oder äußerer Fundgebungen erfolgt, sondern als Ausdruck einer tiefgehenden und grundsätzlichen Entfremdung der Rechtsreformisten von dem Geist und Wesen des Sozialismus. Wenn ein Mann wie Visolati sich dem Klauen hingehen lassen er hätte durch seinen Eintritt in ein Ministerium möglicherweise den Krieg vermeiden, dann dokumentiert er dadurch, wie fern er dem sozialistischen Denken steht. Am schärfsten tritt aber die Unvereinbarkeit zwischen Sozialisten und Rechtsreformisten in den Erklärungen Visolatis über das Heer zutage. Visolati vertat ganz offen den Standpunkt, daß Italien ein lares Meer brauche, und begründete ihn damit, daß Italiens freie Bevölkerung es in der Folge vor die Aufgabe stellen könnte, im Verein mit anderen demokratischen Staaten Europas gegen die politisch rückfälligen Mächte kämpfen zu müssen.

Gegenüber diesen Erklärungen sind die Öffentlichkeitbesungen gegen den König nur geringfügig und launig der Bedingung wert. Aber Visolati hat es verstanden, auch ihnen eine tiefere sozialistische Bedeutung zu verleihen.

Wer all diese Erklärungen überdenkt, der muß sich wahrlich wundern, daß die Rechtsreformisten nicht schon von selbst auf den Gedanken gekommen waren, einer Partei den Rücken zu kehren, mit deren Ansichten sie innerlich ganz zerfallen waren. Der Parteitag von Reggio hat wirklich weisenspendende Elemente entsetzt. Die Rechtsreformisten, die bisher die Propaganda unter den Massen als etwas überflüssiges oder unnützes veracht haben, weil sie es ihrer Hauptaufgabe hielten, zugunsten der Massen im Parlament zu wirken, werden nunmehr anfangen in ganz Italien eigene Parteifektionen im

Gegensatz zu denen der sozialistischen Partei zu bilden. Es scheint ihr Plan zu sein, die Aktion unserer Partei mit allen Mitteln zu stören und zu hemmen. So werden nicht nur die 18 rechtsreformistischen Abgeordneten ihre Mandate wieder in die Hände ihrer Wähler legen, sondern die Rechtsreformisten fordern auch, daß all ihre Anhänger, die Stadtverordnete oder Provinzialräte sind, ihr Amt niederlegen. In Rom allein werden zehn Selbstverordnete benachteiligen, in Mailand, Verona und vielen anderen Städten ist die Mandatsübertragung bereits erfolgt. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß die Spaltung in alle Teile des proletarischen Lebens tief eingreifen wird.

Für den revolutionären Parteivorstand, der aus dem Parteitag hervorgegangen ist, ergibt sich somit eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, der er nur durch die geschlossene Unterstützung der ganzen revolutionären Fraktion wird gerecht werden können. Es liegt zu hoffen, daß diese Fraktion sich ihrer schweren Verantwortlichkeit bewußt bleibt, und ihre kleinen inneren Differenzen, die notwendig sozialistischer Natur sind, auf dem Altar ihrer Unabhängigkeit zur Partei zum Opfer bringe. Die Differenzen im revolutionären Lager beschränken sich auf die Art und Weise der Durchführung und bei den Gemeindevorständen. Die in Reggio siegreiche Fraktion verdaßt unter Umständen bei kommunalen und Städtischen Kompromissen während die Revolutionäre der Romagna durch ihren bitteren und behändigen Kampf mit den Republikanern dahin gekommen sind, ledweds Wahlkompromiß abzulehnen und sogar auf die Eroberung der Gemeindeverwaltungen ganz zu verzichten.

Kritischer ist offenbar die Lage der Umkreisreformisten, die sich heute in einer Partei befinden, deren vorübergehende Richtung sie ablehnen. Wenn die Umkreisreformisten innerhalb der Partei die Traditionen des Rechtsreformismus, wenn auch in gemäßigter Form, festhalten wollten, so würden sie sich den unheimlichen Angriffen ihrer früheren Kampfgenossen aussetzen. Lassen sie, wie dies in der ganzen Periode der Parteitagsvorbereitung geschehen ist, alle ihre reformistischen Merkmale fallen, dann werden sie von den Revolutionären aufgelogen werden, oder aber sich in eine unlogische und politisch unwürdige Stellung verdrängen lassen, zu der sich einige von ihnen in den letzten Wochen schon bereit gefunden haben.

Die Stellung der Partei liegt in der Hand der Revolutionäre, die in den letzten zwei Jahren ihre Stimmzahl verdoppelt haben. Der erste Wahlkampf mit erweitertem Wahlrecht wird auf der von der revolutionären Mehrheit dem Parteitag gegebenen Grundlage stattfinden. Die Partei wird in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen, die seit mindestens fünf Jahren der Partei angehören müßen und wird im ersten Wahlgange jedes Kompromiß mit anderen Parteien ablehnen. Die Partei wird den Kampf endlich wieder einmal als proletarische Klassenpartei führen. Ohne den Nechraus von Reggio wäre dies unmöglich gewesen.

Jugendbewegung.

Erfolge der nationalen Jugendpflege.

In Rom, dem Sitz der Zentralleitung der evangelischen Junglingsvereine ist, wie in vielen anderen Orten, durch bürgerliche „Jugendfreunde“ eine sogenannte Jugendwehre gegründet worden, die eine nach militärischem Muster organisierte und gebrillte Schar von jungen Burschen, die unter der Leitung aktiver oder inaktiver Kameradengrößen die militärischen Heilübungen nachahmen und „Krieg“ spielen. Diese Jugendwehre war vor kurzem nach Nordost bei Vermeri ausgerückt, um dort eine „Uebung“ vorzunehmen. Man marschierte mit einem Hauptmann zu Pferde an der Spitze, dortlich aus einem „Religionsdienst“ ab, zu dem sogar ein echter Geistlicher mit Latas und Wäffchen sich bemüht hatte. Als man aber mitten drin war, trat plötzlich ein Hindernis ein: der Jagdpächter des „beträgten“ und besetzt gehaltenen Gebietes, ein Fabrikant aus Varmen, trat im Jagdostium in den Kreis hinein und rief mit lauter Stimme: „Hören Sie auf, Herr Pastor!“ Dieser ließ sich dadurch noch nicht stören. Der Rimrod wiederholte seinen Ruf. Dann entwickelte sich folgendes Zwiegespräch:

Der Pastor: „Stören Sie mich nicht in meinem Amte.“
 Der Jäger: „O, hier ist keine Kirche; ich bin Jäger bei der Jagd in diesem Gebiet und vertritt hier den Jagdpächter.“
 Der Pastor: „Wohin Sie sich an andere Herren.“
 Der Jäger: „Wo ist der Führer dieser Veranstaltung?“
 So ging es fort. Dabei stimmten die jungen Selben ein wachres Indianengebet an. Die unfähigsten Nebenwunden läbelweise über den Jagdpächter ausgegossen. „Wart wohl die olle Kahl!“ riefte man. „Schönt dat Ost doch doat, trampelt em doch en de Post!“ und Wären nicht einige Führer besonnen gewesen und daswischen getreten so wäre es dem Herrn wohl lieber ergangen. Man denke die Öffentlichkeit hatte soeben „Religionsdienst“ gehalten!

Diese Sade kam bald in die bürgerliche Presse. Während dabei die Jugendwehre ganz verächtlich auf den Jagdpächter schimpfte, gab dieser vom Treiben der Wehre ein Bild, das sich diese sicher auch nicht hinter den Spiegel stecken wird. Er schrieb: da u. a. in direkter Anrede dem Führer der Wehre gegenüber:

Es treffen sich hiesig ganze Trupps junger Leute herum, die in meiner Jagd Inbanier spielen, und diese Sorte geniert sich nicht, auf Menschen zu schießen. Verschiedene Bauern sind schon vor sächlich angeschossen worden. Dann werden Skavallen und Weitreunen von ganzen Gesellschaften abgeholt, die mir das Wild vertreiben. Ihre Veranstaltung setzt nun aber allem die Krone auf. Sie machen mit Ihren Schützenletten und mit Ihrem Schießen ja das reinste Keßeltreiben, das mir andrücklich im Badvertrage untersagt ist. Wenn ein einzelner Mann mit

Gewehr und ohne Jagdchein in einer Jagd angetroffen wird, so wird er als Wildschütz verhaftet, ein Komplotz ist nach schämlerlich... Augenblicklich können die Jagdhafen und Mehe noch nicht ordentlich laufen, und so kam es daß gefahren eine ganze Anzahl Jagdhafen, die von Ihrer Schützenletten aufgetrieben wurden, von Hundten ergriffen und getötet wurden. (Folgen Jungenangaben).

Es waren übrigens im Jertum, wenn Sie behaupteten, es sei in meiner Jagd nicht geschehen worden. Es ist ganz währscheinlich, daß Sie nicht nachgerade währscheinlich, daß der Kirchengel 1/2, vor 10 Uhr. Ferner nenne ich Ihnen den Landwirt Hölchen von der Erbslöher Straße der befunten wird, daß Ihre Schützen vor vierzehn Tagen Jungpflanzen in der Schonung der Konstabler Anlagen angegriffen haben! Bei diesen Leuten können Sie auch erfahren wie die Bauern über solche Veranlassungen denken.

Was nun die Religion mit folgendem, nach meiner Ansicht unerlaubten Aufzug zu tun hat, ist mir unerklärlich — oder sollte der Religionsdienst ein „Te deum laudamus“ (Herr Gott, dich loben wir!) für die vielen verdammten Wälder und Wälder vorstellen? Selbstredend habe ich nicht daran gedacht, einen wirklichen Gottesdienst zu stiften, sondern habe nur den Versuch gemacht der Zusammenrottung vieler hunderten Menschen getuht, um der Sade bald ein Ende zu machen. Und der Jäger habe ich selbstredend auch nicht für einen echten Pastor gehalten, sondern, wie seine Soldaten, für eine Nachahmung.

Ihre freundliche Mitteilung, daß es sich bei diesen Veranlassungen um eine Veredelung der Jugend handelte, war mir wirklich sympathisch, aber es dünkt mich, daß Ihre Soldaten doch geistlicher waren, als meistens einer Ihrer Führer, ich meine den Herrn Hauptmann zu P. verdaßt, der sich durch niedrige Schimpfereien und die beste Verleumdungen gegen mich hervortat!

Schließlich schreibt der Jagdpächter dem Führer der Jugendwehre noch folgendes ins Stammbuch:

Ich bin überzeugt, verehrtester Herr Vorortiger, daß Sie es ehrlich mit den jungen Leuten meinen, und da will ich nicht verläumen. Ihnen einen Fingerzeig zu geben, wie Sie rascher zum Ziele kommen, ohne in das Eigentum Dritter einzugreifen: *ragen Sie die jungen Leute, ob sie die Namen der gewöhnlichen einheimischen Waldwäme und Sträucher, der Vögel, Schmetterlinge, Fische, Wassertiere, der giftigen und schmerzhaften Pflanzen, kennen. Ja, wenn Sie finden eine pyramidenartige Pflanze.

Hier gehen Sie einmal ein, führen Sie die Jugend in Abteilungen in die herrliche Gottesacker, machen Sie dieselbe auf alles Schöne, Gute und Interessante aufmerksam, das bei Braucht man den Schöpfer des Alls doch nicht zu vergessen. Sie werden sehen, das lappst dann doch ganz anders.

Somit der Herr Baritant. — Es ist überflüssig, feiner Kennzeichnung des Treibens noch ein Wort der Kritik hinzuzufügen. Daß es ausgerechnet ein angeheurer bürgerlicher Herr war, dem dieses Abenteuer passieren mußte, gibt der Sade ihren besonderen Reiz. Ob diesen Herrschaften jetzt nicht endlich die Augen aufgehen über den Unflug, an dem sie durch ihre Begünstigung des empörenden Treibens mitschuldig sind? Man hätte sich aber einmal das Gesehr vor, das in der bürgerlichen Welt losgeschossen worden wäre, wenn eine Gruppe der drei in den Wäldern auch nur den hunderten Teil dieses Standals verbiß hätte!

Soziales.

Hungernde und frante Schulkinder.

Der soeben erschienene Medizinisch-statistische Jahresbericht über die Stadt Stuttgart im Jahre 1910 herausgegeben vom Stuttgarter ärztlichen Verein, enthält sehr beachtenswerte Angaben über den Ernährungs- und Gesundheitsstand der Volksschulkinder Stuttgarts. Der zugleich als Schularzt fungierende 1. Stadtarzt Dr. Gaffner hat in der Zeit von Mitte September bis Mitte März 1910 von den 18.501 Volksschulkindern Stuttgarts 14.388 untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß von den Stabtskindern nur 1.88 Prozent einen Ernährungsstand aufwiesen, der als „gut“ bezeichnet werden könnte. Etwas besser sah es bei den Vorortkindern aus, von denen 20.8 Prozent, als ausreichend genährt befunden wurden. Als „mittel“ ernährt werden 36.6 Proz der Kinder (Worte 34.5 Proz.) bezeichnet, „mittel mit anämischem Zustand“ (Nutarmut) 21.5 bzw. 24.6 Prozent, „gering“ 11.8 bzw. 10.7 Proz., „gering mit Anämie“ 11.8 bzw. 9.4 Proz.

Das heißt: den 3761 Kindern, die als ausreichend genährt bezeichnet werden können, stehen 8273 gegenüber, deren Ernährungsstand nur als „mittel“, zum großen Teil mit Blutarmut verbunden, befunden wurde. 8191 Kinder sind direkt unterernährt, die Hälfte dieser Kinder ist obendrein blutarm.

Die Folgen der mangelhaften Ernährung machen sich im Gesundheitsstand der Kinder nur zu deutlich bemerkbar. An ausgeprägter Nachtis litten 5.2 Proz. der Stadtkinder, 10.7 Proz. der Vorortskinder, an Stollis 10.1 Proz. bzw. 5.1 Proz., an Drüsen 12.2 bzw. 15.5 Proz., an Adeniten 27.3 bzw. 22.5 Prozent, an den Augen 12.5 bzw. 14.8 Proz., an Ohrenleiden 2.4 bzw. 4.5 Proz., Augenleiden nicht tuberculose 8.1 bzw. 2.9 Proz. der Kinder usw.

Die Zahl der franten und hungernden Volksschulkinder übersteigt die der gefunden um das drei- bis vierfache! Ein solches Verhältnismittel über die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist kaum möglich.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Koenen, Halle.
 Erschaffung der Redaktion von 1/2 bis 1/3 Uhr.

Die letzten Tage meines
Grossen Inventur-Ausverkaufs.

In allen Abteilungen wesentliche Preisermässigung.

Besonders preiswert:

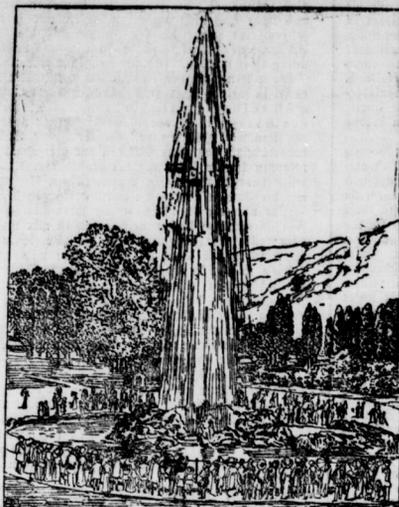
Damen-Blusen, Damen-Waschröcke, Damenputz.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. **Alex Michel** Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Trotz der herabgesetzten Preise auf alle Artikel Rabattmarken.

NAMEDY

Das Mineralwasser des XX. Jahrhunderts.



Rhein - Insel NAMEDY **NAMEDY - STRUDEL** bei Andernach a. Rhein.
Der mächtigste Geiser der Erde.

Tafelwasser: Unübertroffen an Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit. Vollständig entleert. Erfrischender Geschmack durch leichten Zusatz eigener natürlicher Kohlensäure. — Appetitanregend. — Verdauung fördernd.

Gesundheits- u. Heilwasser: Hunderten von ärztlichen Gutachten besonders heilkräftig bei Gicht, Diabetes sowie Nieren- und Blasenleiden und den mit Säurebildung (Sodbrennen) einhergehenden Magen- und Darmkrankheiten usw.

Idealgetränk: In jetziger Uebergangszeit vorbeugend und heilwiegend bei Katarren der Atmungsorgane, Influenza.

Broschüre des Geh. San.-Rats Dr. PFEIFFER und Auszug aus ärztlichen Anerkennungen gratis und franko.

Volkstümliche Preise
20 ganze Flaschen **M. 5.00**
20 halbe Flaschen **M. 3.50**

Flaschenpfand 10 Pf., welche bei Rückgabe der Flaschen erstattet werden.

Generalvertrieb für Halle a. S. und Umgebung:

M. Waltsgott Nchf. Gr. Ulrichstr. 30
Telefon 603.

auch erhältlich in allen Mineralwasserhandlung., Apotheken, Drogen- u. Kolonialwarenhandlung., Hotels u. bes. Restaurants.
Promptester Stadt- und Auswärts-Versand.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Glühgen.
Heute, Dienstag, erstmaliges Gastspiel des Berliner Vaudeville-Ensembles, Dr. F. Heltal.

Der Tanzanwalt.

Vaudeville in drei Akten von Porges - Milo und Erich Urban.
Musik von Walter Schütt.
In Szene gesetzt von Dr. Martin Zickel.
Musikal. Leitung: Franz Seidel-Söger. — Tanzarrangements von B. Benar.
Schlager aus „Der Tanzanwalt“:
Ich bin der Rechtsanwalt, Tippduett.
Im Moulin-Rouge. Ach, kannst du küssen.
Ross-Stämpchen, Spitzenhöchen.
Schleberisch, Schleberisch her und hin etc.
Reizende Musik! Lachstürme!
Allabendlich: Der Tanzanwalt!

Achtung! Achtung!
Sonntag den 21. Juli vormittags 10 Uhr
im Volkspark, Burgstraße 27:

Öffentliche Radfahrer-Versammlung.
Tagesordnung: Die Wechslüsse des Erfurter Bundestages und die jetzigen Verhältnisse im Freiheitsbund. Referent: L. Traue, Leipzig.
Alle Arbeiterradfahrer sowie die Mitglieder des Freiheitsbundes sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer.

Dauer-Gasanzünder
18 Pf., billiger wie Strohhölzer.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.
Schreibl. 38/39, Habakuckstr. 27.

Zum Selbstabfüllen
Braunbier Liter 12 1/2 Pfg.
Weizenbier Liter 15 Pfg.
ab Brauerei oder durch meine Ausläufer-Geschäfte täglich frisch.
Schwemme - Brauerei.

Möbel - Kleiderkranz
nur 28 Pfg. Vertiko 36 27 Pfg.
Schreibl. 38/39, Habakuckstr. 27.
Ausstattungen, grosse Auswahl.
Carl Bieler,
Albrechtstrasse 39.

Apollo-Theater
Allabendlich 9 1/2 Uhr:
4 hochplante

Parisiana-Einakter.
(Nur für Erwachsene!)
„Vor d. Fremdengeizhals“
„Der erkrankte Gast“
„Die Verlobung im Bett“
„Nachtarbeit“.

Baugewerk- u. Tischlerschule
Frankenhausen Kyffh.
vorb. Lehr- u. Baugew.-Abg. (6 Sem.)
Erschb. u. Meisterprüfung

Warne
hiermit jedermann, meiner Frau, Katharina Ganser geb. Schönbach, auf meinem Namen etwas zu fordern, da ich keine Zahlung leiste.

Otto Ganzer,
Maure.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Sohnes und Bruders W. Oberländer legen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die ihren Schmerz mit Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unseren tiefgefühltesten Dank. Dank meinem lieben Herrn Karl Beckmann, sowie den Beamten u. Arbeitern der Ga. Karl Wittkopf. Dank dem Turnverein siehe für die Kranznahme u. schöne Beteiligung. Befind. Dank dem Herrn Pastor Wille für seine treue Sorge u. reichem Blumenangebot. Am Grabe. Möge der liebe Gott jeden vor einem so schwer. Schicksalsschlage bewahren.
In tiefer Trauer
Familie Oberländer.

Sobesanzelge.
Gestern morgen 9 Uhr endete ein kanker Tod würdig und unerwartet das ruhige, tätige Leben meines lieben Mannes, des Schuhmachereheaters

Wilhelm Körner
im Alter von 45 Jahren.
Dies zeigen tiefbetäubt an Die trauernde Gattin nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Holzarbeiter-Verband Halle a. S.
Am Sonntag, 14. Juli, erkrankt beim Baden in der Elster in Radewell unser Mitglied, der Teilnehmer

Franz Bellmann
im Alter von 25 Jahren.
Ehre seinem Andenken:
Die Ueberführung des Entschlafenen nach seiner Heimat findet heute nachmittags um 5 Uhr von der Leichenhalle in Radewell nach dem Wohnort in Stimmendorf statt.

Die Beerdigung.

Zähne 180 M.

Naturgetreues Aussehen. Kautschukplatte kostenlos. Garantie für gutes Passen und Brauchbarkeit. Festigkeit ohne Entfernen der Wurzel. Reparaturen, Umarbeitung schlechter Gebisse billig. Vollständiges, schmerzlos, schonende Behandlung.
Paul Wiecher, Dentist, 18 jährige Fachtätigkeit,
nur Steinweg 48, I.
Sprechstunden: Frül 9 bis abends 7 Uhr durchgehend, Sonn- und Feiertags von 9—12 Uhr.
Auswärtige Patienten werden in 1 Tag behandelt.

Salon- u. Würfel-Briketts

Halle'sches Kohlenwerk
liefert prompt, reell und billig

Halle'sches Kohlenwerk
G. m. b. H.,
Brüderstrasse 5. Halle S. Telefon 782.

Sommerpreise. Briketts 62 Pfg. pro Zitr. Stanzspelsen von 40 * an
Bei Fuhrn von 30 Zentnern an frei Gelass. Einzelne Zentner 70 Pfg. frei Gelass.

3 Könige, Kl. Klausstrasse 7.
Mittagswisch 45, 60 u. 100.
Stanzspelsen von 40 * an
JedenDonnerstagSkatabend.

Achtung, Händler:
Heidelbeeren,
täglich frisch gepflückt, feinste Ware, aussergewöhnlich billig.
Engrosverdieler: Forst, 55.

Für die Inserate verantwortlich: Hob. J. u. z. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. C. o. b. jetzt A. J. a. n. i. g. — Samtl. i. Halle a. S.

Nussbaum.

Einmache-Gläser, weiss

Literinhalt ca. 1/4	3/8	1/2	3/4	1	1 1/2	2	2 1/2
Preis Pfg.	5	6	7	9	12	16	20
Literinhalt ca. 3	4	5	6				
Preis Pfg.	28	38	48	58			

Einmache-Töpfe 14 Pf.
mit Honkal, braun glasiert 58 48 32 28 19

Einmache-Büchsen 7 Pf.
braun glasiert 12 9

Reform-Einkoch-Apparat 8⁷⁵
f. verzinkt, zum Konservieren von Obst, Gemüse u. Fleisch, mit Einsatz von Thermometer, kompl.

Konservenglas „Tadellos“ 27 Pf.
mit Bügel- u. Gummiverschluss 52 36 42 32

Konservenglas „Küchenfreund“ 35 Pf.
mit Drahtverschluss u. Gummiring 55 48 40

Milchsatten 12 8 Pf. Butterkühler 42 Pf.

Pergament-Salicyl-Papier 2 Bogen 18 Pf.
Pergamentpapier Mtr. 8 Pf. Zitronenpressen 8 Pf.

Nähmaschinen

aller Systeme, f. Fabrikate, von 60 Mark an.
Auf Wunsch günstige Zahlungsabg.
bei keiner Anzahlung.
Reparaturen schnell und billig.
Karl Möller, Brüderstraße 9a, am neuen Amtsgericht, Tel. 4228.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120717-18/fragment/page=0004



Die Arbeiter-Sekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1911.

Größten Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einfluß auf die sozialen Verhältnisse stellen die Rechenschaftsberichte der organisierten Arbeiterkraft. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abnormaler Fortentwicklung berichten. Wohl liegt die Zahl der Redaktionsbestimmungen im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abnormale Steigerung der Personen, welche sich an die Rechenschaftsberichte der organisierten Arbeiterkraft wenden und die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechenschaftsangelegenheiten, nicht allen Personen, ohne Rücksicht auf die Angehörigkeit zu einer Organisation, Auskunft erteilen und Rechenschaft gewähren kann, zum Teile aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will; unter fernerer Berücksichtigung der erfreulichen Tatsache, daß von Seiten unserer Gegner das Mögliche getan wird, um die Bevölkerung von der Bedeutung unserer Rechenschaftsberichte abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Erscheinung, die uns befriedigen kann und die alle Anzeichen, welche unsere Einrichtungen so im Laufe des Jahres erlauben, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate, dieselben befanden alle auch durch das Jahr 1911, es ist keines hier von im Berichtsjahre eingegangen. Eine Sekretarie, die sonst nicht zu den Sekretariaten und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterkraft auch diese Einrichtungen eine höhere Stabilität erlangt haben. Nur erwidert wurden 1911 6 Sekretariate, ein festes, bisher unter Ausnahmefällen geblieben, berichtet in diesem Jahre ebenfalls ein Sekretariat, in dem die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Erwidlung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Randteilen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterkraft bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 12 Einrichtungen des Arbeitgeberverbandes, wovon 11 auch anderen Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Von der sich immer weiter ausdehnenden Form unserer Organisationen berichtet nicht anders die ständig zunehmende Zahl der Sekretariate, welche sich mit den Organisationen und diesen verknüpfen werden. Diese Zahl ist 1911 auf 62, also 52 Prozent aller Sekretariate, angewachsen; sie betrug 1909, also 1910 50 Prozent.

Die Auskunftsverteilung oder Rechenschaftsleistung geschieht in der größten Anzahl aller Sekretariate an alle Anstalten, welche sich an das Sekretariat wenden. Ein großer Teil der Sekretariate bestanden den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder welche neben der Auskunft weitere Rechenschaftsleistungen gewährt wird.

Personliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 69 Sekretariate übernommen. 13 weitere Sekretariate übernahmen persönliche Vertretungen, die mit den entsprechenden Leitungsstellen verbundene Tätigkeit nur in besonderen Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerbegerichten.

Die Übermittlung von Beschwerden an die Gewerbebehörden übernahm im erörterten Jahre 113 Sekretariate. Statistik befragten 75 Sekretariate, in weiteren 10 Sekretariaten wurden Beschwerden an die Gewerbebehörden geführt. Neben den Funktionen als Rechenschaftsamt und Rechenschaftsstelle betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Agitation und verrichten andere gewerkschaftliche Arbeiten. An mehreren Orten, wo mehrere Tätigkeiten nicht zu den Möglichkeiten des Sekretariats, wurde die Tätigkeit eines Arbeiterssekretariats ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

627 028 Auskunfts- und Rechenschaftsleistungen wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate, diese Zahl liegt gegen das Vorjahr um 47 944, das sind 8,27 Prozent. Von den Auskunftsleistungen waren 100 708 schriftlich, unter 41 089 mündlich, also 40,22 Prozent der Gesamtauskunftsleistungen. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30 800 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechenschaft zu erlangen, auf 658 958. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48 061, die Zunahme also 7,86 Prozent. Von den Auskünften wurden 625 264 mündlich, 33 694 schriftlich erteilt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, welche im Vorjahre einen kleinen Rückgang aufwies, liegt gegen das Jahr 1910 erheblich unter dem Jahre 1909, nämlich auf 150 060, also um 6,35 Proz. Eine Steigerung, die um so mehr ins Gewicht fällt, da mit ihr ein erhebliches Anwachsen der Arbeitsleistung verbunden ist.

Im 11. Jahre liegen über die Tätigkeit der Sekretariate ausführliche Aufzeichnungen vor. In dieser Zeit waren sich 4 086 921 Fälle an die Sekretariate, 4 285 909 Auskünfte bzw. Rechenschaftsleistungen in dieser Zeit dank der Opferwilligkeit der Arbeiter geleistet worden. Von den insgesamt in diesen Jahren intensiver Tätigkeit geleisteten Auskünften und Rechenschaftsleistungen an Arbeiter betrug die Zahl 1 276 708 = 29,8 Prozent, Einzelne auf 658 958 = 29,3 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 638 367 = 14,9 Prozent, Gemeinde- und Staatsangehörigen 558 918 = 13,0 Prozent, Strafrecht 286 104 = 6,7 Prozent, Arbeiterbewegung 64 158 = 1,5 Prozent, Privatverträge 50 815 = 1,2 Prozent, Bundes- und Gewerbetrieben 28 476 = 0,6 Prozent, Vereins- und Verwaltungsverträge 10 204 = 0,2 Prozent und Sonstiges 109 040 = 2,5 Prozent.

Mit der allgemeinen Tätigkeit der Sekretariate stieg auch die Zahl der persönlichen Vertretungen. Sie hat sich in den Jahren von 1907 bis 1911 mehr als verdoppelt, betrug damals 3175, hat sich jetzt auf 6426 getrieben. Im letzten Jahre betrug die Zunahme 596 = 10,22 Proz. Von den im letzten Jahre wahrgenommenen persönlichen Vertretungen erfolgten 3888, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterverehrung, persönliche Vertretung wahnnehmenden Komitee erteilte 1911 die erhebliche Zahl von 7380, 6124 waren 60 Sekretariate beteiligt. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910, 1191 mehr als im Jahre 1909; eine Steigerung von 19,24 Proz. in den beiden Jahren.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von den beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei nur zu berücksichtigen ist, daß an 7 von diesen Orten nicht die Mitglieder der Betrieben herangezogen werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben sich für 1911 die Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Von der Gesamteinnahme, welche 526 373 M. betrug, entfielen von diesen Körperlichkeiten 416 426 M. Das sind 74,85 Proz. der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten

Organisationen wurden 85 796 M. für die Sekretariate aufgebracht, 21 291 M. weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate 86 291 M., und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Sekretariate 17 627 M. Die Verteilungsorganisationen zahlten 11 784 M. an die Sekretariate, von welchen die Arbeitervereinigungen wurden der Sekretariate 8080 M. angeführt. Aus Staats- und Gemeindefonds erhielten: das Sekretariat Koburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindefonds unterhalten wird, 2400 M., das Sekretariat Vant, einen Zuschuß von 1100 M. Die Gesamtsumme betrug, 912 918 M.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftsstatistik gingen im Berichtsjahre von 208 auf 198 zurück, trotzdem haben auch die in diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftsätze abnormals zugenommen. 47 367 Auskünfte haben 184 Auskunftsstellen erteilt, 15 579 Schriftsätze wurden im Berichtsjahre von 160 Auskunftsstellen angefertigt. Ferner wurden 872 persönliche Vertretungen von 88 Auskunftsstellen wahrgenommen.

Von den sich im Laufe des Jahres abspielenden Vorgängen im letzten Jahre 706 325 Auskünfte gegen das Vorjahr eine Steigerung von 40 082. In welchem Umfang die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen 127 000 Auskünfte und 10 000 Schriftsätze von beiden Einrichtungen erteilt wurden betragen 315 946. Ueber den Stand der gegenseitigen Einrichtungen unterrichtet seit 1909 ein Zusammenstellen des Reichsstatistischen Amtes. Bei Gelegenheit seiner diesjährigen Veröffentlichung sagt das Stat. Amt über den Grund, bei welchem es bei seiner Zusammenstellung verfahren ist: In die Erhebung und im allgemeinen nur die Rechenschaftsstellen einbezogen, die an alle Mitglieder oder an ein Mitglied unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechenschaftsleistungen erteilen. Weswegen sind alle Vereinskassen, gewerkschaftlicher Rechenschaftsleistungen, aufgenommen, die alle Rechenschaftsleistungen von Arbeitervereinigungen, obwohl sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt. Es haben an das Statistische Amt berichtet 14 gemeinnützige Rechenschaftsstellen, 51 909 497 erteilt Auskünfte und 51 909 497 angefertigt Schriftsätze. Unter dieser Zahl gruppiert das Statistische Amt wie in den Vorjahren das Sekretariat Koburg. Ferner 29 Rechenschaftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen über 188 009 Auskünfte und 27 656 Schriftsätze.

Die unter Auskunftsstellen konstatierter Arbeitervereinigungen aufgeführten Einrichtungen sind solche außer Verbände oder Vereine, die berichten über die reiche Zahl von 4566 erteilten Auskünften und 2019 angefertigten Schriftsätzen. Diesen Zahlen darf man getrost noch die angelegenen Freizugauskünfte einiger unter Auskunftsstellen politischer Vereinigungen, ausgedehnter Auskunftsstellen, welche auch an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt, hinzu addieren. In der Verteilung dieser Auskünfte haben, wie es bei den Mitteilungsberichten dieser Vereine gegenüber zu sehen ist.

Unter den Rechenschaftsstellen politischer Vereinigungen berichtet die Rechenschaftsstelle des Deutschen Schwarzvereins. Auskunftsstellen des Reichsverbandes des Schwarzvereins sind in der Statistik nicht enthalten, warum, ist nicht zu ersehen. In diesem Bericht sind 29 dieser Auskunftsstellen über 28 091 Auskünfte und 14 667 Schriftsätze.

Rechenschaftsstellen für Frauen berichten 91 über 34 559 erteilte Auskünfte und 4285 angefertigte Schriftsätze. Die kirchlichen Arbeitervereine gruppieren ihre Einrichtungen in Arbeitersekretariate (9), Rechenschaftsstellen (30) und Auskunftsstellen (11). Hier berichten 50 Rechenschaftsleistungen über 52 260 Auskünfte und 11 115 Schriftsätze. Das in Gewerbeorten berufstätigen Arbeitervereins führt 60 Einrichtungen auf, von welchen 29 den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung offen stehen, welche die Auskunftsstellen erteilt haben. Von Einrichtungen kirchlicher Gewerkschaften berichten 34 über 40 773 erteilte Auskünfte und 28 614 angefertigte Schriftsätze. Auch bei diesen Einrichtungen werden, wie bei anderen Teil dieser Einrichtungen, nur den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung stehen, welche dieselben geschaffen haben, denn es werden 50 von diesen 34 Einrichtungen als Einrichtungen bestimmter Verbände bezeichnet. Das gleiche mag für die Auskunftsstellen der politischen Arbeitervereine gelten, von welchen 7 über 10 682 Auskünfte und 6088 Schriftsätze berichten.

Rechenschaftsstellen von Arbeitgebern berichten 9 über 9488 Auskünfte und 4008 Schriftsätze. Von konfessionellen Rechenschaftsstellen haben 19 konfessionelle 328 Auskünfte und 14 620 Schriftsätze, 128 katholische über 284 083 Auskünfte und 109 000 Schriftsätze berichtet. In diesen berichtet das Stat. Amt, daß die Mitglieder der kirchlichen Gewerkschaften, vielfach die vom Volksverein für das katholische Deutschland errichteten Volksbüros und die Arbeitersekretariate der katholischen und evangelischen Arbeitervereine betreiben, denen die kirchlichen Gewerkschaften teilweise bestimmte Beiträge für die unentgeltliche Unterweisung ihrer Mitglieder in Rechtslehren zahlen.

Von 7 ländlichen Genossenschaften, welche in diesem Jahre am ersten Male in der Statistik des Stat. Amtes erscheinen, wird über 6456 erteilte Auskünfte und 478 angefertigte Schriftsätze berichtet.

Gewerkschaftliches.

Generalfreie - Militärklub!

Der glänzende und imponierende Verlauf des 24-tägigen Generalfreies hat die Regierung und das mit ihr isolierte Unternehmertum zu einem Schritt getrieben, der eine intente Provokation bedeutet: Nach in den Abendstunden des Freitags, als Järid in Finsternis und Ruhe lag, als man sich allgemein über den erhebenden Verlauf des Demonstrationstages freute, als sogar die bürgerliche Presse zugab, daß der Generalfreie über langwärtigen gelassen und ruhig verlaufen sei - ließ die Regierung, die vor abnormalem Born rein den Kopf verloren hatte, Plakate anbringen, worin sie die Parastellen 62, 64 und 67, sowie die Schwärden 24 und den Stab von Regiment 27 auf sofortigen Besinnung, aufrief und für Sonntag früh nach Zürich beorderte. Für den Abend und die Nacht verhielt sie ferner, daß die Mannschaften der Festungsgarnison II und die Genie-Infanterie der Sicherheitsdienst zu übernehmen habe. Tatsächlich dauerte es nur eine Stunde und die ersten Militärtruppen durchzogen die Stadt - nur zu dem Zweck, die völlig ruhige Arbeiterkraft zu provozieren! Das es alsbald zu Zusammenstößen

kommen mußte, war unausweichlich. Zum Glück besetzten meistens unsere Genossen den Kopf oben, so daß außer durch einen überreifen Gabelschiff kein weiteres Blut vergossen wurde. Aber auch der Gabelschiff vor dem Kopf. Er verhielt, daß überhaupt jedes Streikpolizeibeamten strafbar sei, daß die Schwärze mit Gabelschiffen, die Ausländer mit Ausweiskung bestraft werden würden!

Die Arbeiterkraft befand sich in einer Weise, die bewundernswürdig genannt werden darf. Den ganzen Tag über behielt eine glühende Hitze, die Hunderten von Frauen und Kindern Schrecken den Aufenthalt in den Straßen der inneren Stadt unmöglich machte. Aber trotz alledem wurde das Volk solbort der Arbeiterkraft respektiert und nur die Brücken der Stadt frequentiert. Und als am Nachmittag die 8000 Teilnehmer des Amzugs (einige tausend Arbeiter waren bereits in die Wege gegangen) in die Zeit an den fahlen Feuerern im Schloßplatz, einen Stadtpark, anlangten, als alles wie ausgetrocknet schien, bestrahlte es nur einer erneuten Wärmung des Vorwärtens, und nicht ein einziges Glas Bier oder Wein wurde getrunken.

Eingeleitet der Metallindustriellen, gegen deren Aufbruch und Schluß sich in erster Linie der Streik richtete, wurden bei der Ausfahrt des Streiks (schon der Auto auf Land gebracht und dort bis Sonntag interniert! Viel wichtiger aber und bezeichnender ist, daß der Arbeiterkraft der Streikenden, die von der Aktion auf mindestens 20 000 angewachsen waren, zum Erkennen der Zürcher Arbeiterkraft einen Beweis ihrer Kraft geliefert hat. Und darin erblickt das Unternehmertum die größte Gefahr: aus Angst, die erwachte Kraft könne sich zu größeren Aktionen ausbreiten, ruft es Bajonette herbei!

Wegen Arbeiterverweigerung verhaftet.

Im Bord eines Hamburger Dampfers wurden 12 Seeleute verhaftet und in Unterdruck gebracht, sie hatten sich in Gahre mit den streikenden französischen Seeleuten solidarisch erklärt und die Arbeit verweigert. Ausführende Unternehmer werden nicht verhaftet.

Streik im Fuhrgewerbe.

Rund 600 in den Groß-Berliner Schieferbetrieben beschäftigte Arbeiter und Arbeiter im Montag früh in den Streik getreten. Etwa 20 Firmen mit 400 Kutschern und Hilfsleuten haben den vom Transportarbeiterverband vorgelegten Tarif bewilligt und sind dadurch vom Streik befreit geblieben.

Wichtigste Kaiserhuldigung drücklicher Gewerkschaften.

Die Bundesratgeber der Firma Krupp und den Besuch Wilhelm II. in Essen wollten die drücklichen Gewerkschaften durch die Aktivität "verhören". Sie sind zu gern bereit, wenn doch und Gerechtigkeit geschehen wird. So hatten sie nach Berlin gewandt, um bei diesem kapitalistischen Jubiläum mitwirken zu können und um zu zeigen, daß sie gerade so liebe Arbeit sind, wie die Eisener Götzen. Nach der Gewerkschaften Konzernzeitung ist den armen Christen nun kein Geld mehr zu erwarten; die alleruntertänigsten und geborenen Christen befinden einen Kopf. Die Christenzeitung Zeitung schreibt:

"Die christlich-nationale Arbeiterkraft hatte die Absicht, dem Kaiser bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in Essen zur Kruppischen Jubelfeier eine große Subsidium darzubringen. Dem Vorsteher Dr. Wöhrle in Weidenhof ist in dem Bericht, der er dem Reichsanwalt nach Berlin richtete, folgende Antwort aus der Reichsanwalt zugegangen: 'Die Zeit Sr. Majestät ist bereits besetzt, daß sowohl die Firma Krupp, als auch die Stadt Essen schon auf wichtige Punkte des von ihnen vorgelegten Programms haben berichten müssen. Es wird unter diesen Umständen kaum möglich sein, einen neuen Programmplan einzufragen. Der Herr Reichsanwalt bescheidet ausdrücklich, daß die Umstände es voraussichtlich nicht erlauben werden, Ihrem Wunsch Folge zu geben, denn es mit großer Sympathie begreift hat."

Was werden die Urangene lange Gesichter gemacht haben! Wir danken Ihnen aufrichtig!

Genossenschaftliches.

Konsumverein und Kriegereverein.

Es ist sonderbar, mit welchen Mitteln die Gegner der Konsumvereine immer wieder eine Bewegung bekämpfen, die sich ganz gewiß nicht durch feindliche Schlägen aufhalten läßt. Wie so manches Mal schon, so hat sich auch jetzt wieder, und zwar in Godesrleben, der Kriegereverein in dem Dienst dieser unvernünftigen Aktion. Der Konsumverein abgeteilt. Es dauerte nicht lange, bis den Mitgliedern des Konsumvereins, die auch zu gleicher Zeit Mitglied des Kriegerevereins waren, ein Schreiben folgenden Inhalts zugeing:

"Wie dem unterzeichneten Vorstand aus fester Quelle bekannt geworden, sind Sie Mitglied der hier errichteten Filiale des Konsumvereins in Godesrleben. Da dieser Verein und dessen Filialen einen ausgeprochen demokratischen Charakter haben, werden Sie aufgefordert, Ihren Austritt aus demselben binnen 14 Tagen zu bewirken, widrigenfalls Sie aus dem Filialen Landwehrkriegerverein ausgeschlossen werden."

Die Mitglieder werden also mit der fürdärben Strafe des Ausschlusses aus dem Kriegereverein bedroht, wenn sie die notwendige Verbindung mit dem Konsumverein nicht lösen. Allerdings hatten die Mitglieder der eine derartige lebenswichtige Verbindung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht allzuviel Verständnis. Sie beiliegen sich, die Mitgliedschaft im Kriegereverein aufzugeben, um die wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen der Konsumverein schon gegeben hat, auch für die Zukunft in Anspruch nehmen zu können. Der Kriegereverein, der seinen Mitgliedern nicht einmal die Vorteile des organisierten Einkaufs ihrer Waren gönnt, hatte mit dieser Aktion nichts zu tun. Es ist höchst zu bedauern, daß die Mitglieder des Konsumvereins, morin er sagt, daß der Konsumverein und dessen Filialen einen ausgeprochen demokratischen Charakter haben. Wenn der Kriegereverein das sagt, dann muß es ganz bestimmt richtig sein. Es ist auch richtig. Der demokratische Charakter der Konsumvereinsbewegung liefert den Mitgliedern den ihnen zukommenden Einfluß auf die Gestaltung der Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden nicht kommandiert; sie brauchen nicht auf Kommande links und rechts zu gehen, sondern ihre Schritte, die sie unternehmen, sind fähig von den gemeinsamen Interessen aller Mitglieder, die sich mit dem Interesse des einzelnen Mitglieds, das es selbst schon eine gewisse Begriffsverwirrung, dessen ein Verein, der nach den angebotenen Grundrissen eine Ziele verfolgt, aufzuheben und seine Mitglieder zu terrorisieren. Würde diese Begriffsverwirrung nicht da sein

bede man die Dinge etwas näher betrachten und erkennen, daß sich die Konsumvereine mit Hilfe ihrer demokratischen Institutionen der Fortentwicklung unserer Wirtschaft annähern, so würde man eine bezügliche Verknüpfung der Konsumvereine nicht mehr antreffen. Die Konsumisten aber sehen an dem Vorfall nicht einmal, wie man sich in solchen Fällen zu verhalten hat. Eine feste Konsumistenorganisation ist ungleich wertvoller als die Mitgliedschaft in einem Kreisverein, der sich ganz gewiß nicht der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder annimmt.

Regierung und Volksversicherung.
Die Vereinigung von Krankenfallen in Rheinland und Westfalen, die sich im höchsten Maße des „Vertrauens“ der Regierung erfreut, hielt in Essen ihre vierjährige Generalsammlung ab. Auf Wunsch der Regierung war auch die Frage der Volksversicherung auf die Tagesordnung gesetzt worden. Direktor Meyer von der Betriebsversicherungsanstalt teilte mit, daß die Regierung eine Stellungnahme darüber wünsche, ob und wie eine Mitwirkung der öffentlichen Krankenkassen bei der Durchführung einer Volksversicherung möglich sei. Anschließend sei eine Volksversicherung im Anschluß an die Krankenkassen im Wege der Gesetzgebung in Erwägung gezogen. In diesem Sinne sei auch bereits an die Regierung berichtet und darauf hingewiesen worden, daß es sehr wohl möglich sei, daß die Krankenkassen an der Durchführung der Volksversicherung mit geringen Kosten mitwirken. Im Anschluß daran machte der Direktor bei im Jahre 1907 von Industriellen und Arbeitgeberverbänden gegründeten, angeblich gemeinnützigen Betriebsversicherungsanstalt in Düsseldorf Bekanntschaft für diese Versicherungsanstalt. Wie der Redner weiter mitteilte, hat sich bereits die Aufsichtsbörde damit einverstanden erklärt, daß die Krankenkassen mit der Betriebsversicherungsanstalt zusammen arbeiten. Nachdem er sich bei dem Vorliegen der Regierung um einen nachvollziehbaren Sachverhalt bei den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossene Volksversicherung?

Halle und Saalreis.

Halle a. S., den 16. Juli 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Die für Donnerstag, den 18. Juli, angesetzte Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet erst eine Woche später, am 26. Juli, im Volkspark statt.

Der Vorstand.

Freiwillige vor!

Ungewöhnliche Audienzen für die Wehrkraft-Verweigerer.

Vor dem Vorgang Kriegserklärung hatte sich der Sergeant Paul Bucher d. 6. Schwabens des künftigen Infanterieregiments Nr. 12 in Torgau wegen vorläufiger förmlicher Mißhandlung zu verantworten. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte, die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab mit der Begründung, „das Militär habe nichts zu verbergen“. Die Vernehmung des Angeklagten ergab, daß er im letzten Dienstjahre liebt. Die Anklage legt ihm zur Last, den Gefallen Duerer angeführt aus Halle in 9 Fällen mißhandelt, und in einem Falle beleidigt zu haben. Der Angeklagte soll den Gefallen nach den Aussagen des Infanterieregiments 4 bis 5 mal geschrien haben. Eines Tages vormittags ließ er dem Gefallen nach Besichtigung des Reitens, weil er falsch vom Pferde abgestiegen war, seinen Gegenfuß ins Gesicht, daß die Lippe aufschwoll und blutete. An demselben Tage nachmittags war Fußgegeren. Duererger war in der Miese erster und kam mit der Lunge, nach den Aussagen des Angeklagten, um weil vor. Hierauf ließ der Angeklagte den Cu. mit seiner Säbelschneide demart in den Leib, daß er vom Feuertisch beschleunigt bis zum Kapprett überführt werden mußte. Dort erzwang er erst nach einigen Stunden, aber nur zur kurze Zeit. Die Vernehmung ergab, daß man nach einigen Tagen an. Die Anklage legt ihm zuerst auf Verweigerung der Aussage, da sie von der Mißhandlung keine Mitteilung erhalten hatten. Erst durch einen Soldaten erfuhr sie, daß er mit ihrer Lunge gefahren sein solle. Hierauf suchte man nach einer Verletzung und fand nach längerem Suchen in der Magenwand eine kleine blutunterlaufene Stelle. Der Angeklagte hat ferner Cu. einen Hiel und Holfellen Loden genannt. Er wehrte sich selbstverständlich alle ihm zur Last gelegten Straftaten, außer dem Gegenfuß. Er habe aber hierbei keine böse Worte gesagt, sondern dem Gefallen Cu. nur ein Mißverständnis haben anzeigen wollen, da er sich mit der Lunge des Cu. besprochen. Es waren als Beugen geladen 9 Infanteren und als Sachverständiger ein Stabsarzt. Die Beugen hätten zum Teil die Mißhandlungen mit angesehen, zum Teil wollten sie nichts mehr. Der Gefallen Cu. selbst hat die Qualen, die er durchgemacht hat. Der Angeklagte habe ihn nicht leiden können. Wie er geringsten Meinungs hat er ihn mit Schimpfworten, wie „Gallefische Lude“ bedacht und geschrien. Cu. ist 18 Jahre alt und ist freiwillig zum Militär gegangen. Der Verurteilungserklärung, Kriegserklärung Wolf-Calle, fragte Cu. stets, „ob es was getan hätte, wenn ihn der Angeklagte gelassen hätte und wie lange er es gefühlt habe“. Der Stabsarzt erklärte in seinem Gutachten, er führe die längere Verweigerung auf eine Nervenerkrankung zurück. Auf Befragen erklärte der Sachverständige, daß dauernde Folgen, nachdem er nach zwei Monaten nicht aufgetreten sind, sich nicht mehr zeigen würden. (Warum hat man dem Cu. von dem Tuppenbühnenplatz Altengarten wieder in die Garnison nach Torgau schicken müssen? D. Red.) Nachdem die Beweisnahme geschlossen war, beantragte der Vertreter der Anklage als einem längeren Wähler 4 Monate Gefängnis und Degradation. Der Verteidiger gab sich die ehrenvolle Mühe, die Mißhandlungen als äußerst harmlos hinzustellen, und gab die Schuld dem leidenschaftlichen Temperament des Angeklagten des Kriegserklärung sah 8 Mißhandlungen und einen Verletzungsfall als erwiesen an, beurteilte den Täter aber nur in ganzen

4 Wochen Metallarbeit.

und wie sagte der Kriegsminister im Reichstag: Die Mißhandlungen in der Arme nehmen ab, weil sie unnahefänglich erfolgt und daher zu bestrafen werden. Dieser Soldaten- und Feindeserklärer bleibt aber trotz seines vom Verteidiger so schön entbeden „leidenschaftlichen Temperaments“ weiter im weite.

Zur Ausperrung der Metallarbeiter.

Nachdem am vergangenen Donnerstag durch die Abstimmung der Arbeitnehmer in Hannover die Verhaftung erfolgt war, wurde die Ausperrung für Halle a. S. und Magdeburg aufgehoben. Eine kleine Anzahl Metallarbeiter haben abdem am Freitag und Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter der Großbetriebe Halle'sche Maschinenfabrik,

Wegelin u. Hünner, Wölfe u. Wollst und Zimmermann, sowie die Fabrik der Arbeiter der anderen Betriebe haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firmen Heber u. Strabow und Ruge haben einige Arbeiter wegen Mangel an Arbeit nicht wieder eingestell. Bei der Firma Trepphoff u. Laas soll Mangel an Büchsen die Ursache wegen vorläufiger Nichtentstellung einiger Arbeiter sein. In dem einen Großbetrieb, in dem die Einstellung aller Arbeiter am Montag nicht erfolgt ist, bei der Firma Dehne, erfolgt die Einstellung sämtlicher Arbeiter bis zum 26. Juli. Die nächste Zeit für die Metallarbeiter ist vorüber. Die Arbeitgeber haben des öfteren gemeinsame Kundgebungen in die Hand genommen, die die Arbeiter der anderen Betriebe haben die höchste Gelegenheit geboten hat. Diese Herren haben den Arbeitern wohl ohne Ausnahme gut getan. Ihnen, die Woche für Woche, Jahr für Jahr in der düsternen Fabrik bei Feuer und Rauch frönen müssen, war diese Erholung zu gönnen. Es war daher begreiflich, daß bei der letzten vorgenommenen Ausperrung so mancher Kollege mit voller Miene erklärte: „Nun ist die nächste Zeit vorbei.“

Von ihrer Auffassung lutzert, werden diejenigen sein, die vor der Ausperrung sehr oft erklärten, sie kommt ja doch nicht. Sie ist gekommen und kann und wird wieder kommen. Deshalb müssen wir aus dieser ersten großen Ausperrung der Metallarbeiter in Halle a. S. unternehmen, was das berufliche Betriebe die höchste Gelegenheit geboten hat. Diese Herren haben den Arbeitern wohl ohne Ausnahme gut getan. Ihnen, die Woche für Woche, Jahr für Jahr in der düsternen Fabrik bei Feuer und Rauch frönen müssen, war diese Erholung zu gönnen. Es war daher begreiflich, daß bei der letzten vorgenommenen Ausperrung so mancher Kollege mit voller Miene erklärte: „Nun ist die nächste Zeit vorbei.“

Streik der Model- und Fabrikarbeiter in der Maschinenfabrik von Wegelin u. Hünner.

Nachdem der Verband der Metallindustriellen die, anlässlich der Differenzen in Hannover, inszenierte Ausperrung auch für Halle aufgehoben hat, wollen die bei der Firma Wegelin u. Hünner ohne jeden Grund mit ausgeperrten Holzarbeiter einige ihrer Wünsche auf Erhöhung ihrer Löhnerhältnisse vor der Wiederaufnahme der Arbeit vorlegen. Deshalb wurde am Sonnabend eine Kommission für die Direktion vorfällig. Die Direktion wird jedoch die Kommission mit ihren Wünschen glatt ab und verlangt die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Infolge dieses rücksichtslosen Gebarens sind gestern morgen auch noch die während der Ausperrung im Betriebe beschäftigt gewesen Holzarbeiter in den Streik eingetreten. Weiter morgen nochmals angebotene Verhandlungen wurden von der Direktion ebenfalls zurückgewiesen. Der Kampf scheint also ein langer und sehr hartnäckiger zu werden. Weiter hat die Firma im bisherigen Generalanzeiger ein Inserat erlassen, in dem sie leistungsfähige Modellfabriken für die Herstellung ihrer Modelle sucht. Wir erlauben deshalb vor allen Dingen die in den hiesigen und auch die in auswärtigen Modellfabriken beschäftigten Modellmacher ein nachfolgendes Auge auf die Kommission der Direktion zu haben. Es kommen hochschätzliche Modelle für Pumpen, Eis- und Dampfmaschinen, sowie Pressen in Betracht. Die Kollegen werden gebeten, den Auftrag streng fernzuhalten und die Anfertigung von Streifenarbeit energig zurück zu weisen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Postfach Halle a. S. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ungewöhnliche Gastpflicht für Infälle in der Schule.

Vor etwa zwei Jahren wurde durch die Presse ein besonders trauriger Unglücksfall mitgeteilt, der sich in einer Braunschweiger Volksschule ereignet hatte. Dort war bei einem demütigen Verurtheile eine Flasche zerplatzend, und Glasplitter hatten einen Schüler so an den Augen zerlegt, daß er auf der Stelle gänzlich erblindete. Wie sich damals allgemeine Teilnahme für das verunglückte Kind zeigte, so beruht auch jetzt der Ausgang des Rechtsstreites, der sich aus dem Unfall entwickelte, allgemeine, ernsthafte Betrachtung aller sozial empfindenden Kreise unseres Volkes. Denn trotz der allgemeinen Sühnpflicht, die jedes Kind zum Schulbesuch zwingt, besteht nirgends ein Gesetz, das es sicher stützt, wenn ihm ein Unfall im Schulbetriebe zustoßt. Nur wenn es nachweisen kann, daß den Lehrer oder die Schulgemeinde ein Versehen trifft, kann es auf Schadenersatz rechnen. In allen anderen Fällen überläßt es der Vergebung. seinem traurigen Schicksal. Dem Braunschweiger Schüler gelang es, den verurtheilten Nachweis nicht, denn Landgericht und Oberlandesgericht vertreten die Ansicht, daß die Ausübung eines Volksschulbesuchs diesen nicht befähige, alle Gefahren schwieriger Experimente mit Sicherheit zu erkennen. Und über das etwaige Verschulden der Schulbehörde sagt das Oberlandesgericht unter andern: Sie haben von den früheren Erpfortionen keine Kenntnis gehabt und konnten die Größe der Gefahr aus den Lehrbüchern nicht erkennen. Sie brauchten die Vorführung der Entwicklung von Wasserstoffgas aber nicht schon deshalb vom Lehrplan auszuschließen, weil überhaupt Gefahr damit verbunden ist; sonst müßten sie auch den Zornunterricht vom Lehrplan streichen. Sie brauchten auch nicht ohne weiteres die - jetzt allerdings als nötig erwiesenen - Sicherungsmaßregeln vorzuschreiben. Kann ein solcher Ausgang des Sachverhaltsprozesses das Richteramt in der schwebenden Lage, in der sich alle unsere Schulkinder befinden, die einmütige Forderung nach Veränderung der betreffenden Gesetzesbestimmung erheben? Da diese für das ganze Reich gilt, genießen die Schüler auch in den Staaten keinen größeren Schutz, die die Haftung selbst übernehmen haben, weil eine solche auch dort erst eintritt, wenn das Verschulden nachgewiesen werden kann. In der großen Mehrzahl aller Unfälle sieht dieses aber erfahrungsgemäß, so daß die Verunglückten nicht nur keinen Schadenersatz erhalten, sondern noch die Prozesskosten tragen müssen, die sich a. B. in dem Braunschweiger Falle auf weit über 1000 M. belaufen. Eine Abhilfe ist nur möglich, wenn etwa folgende Bestimmung in die bürgerliche Gesetzgebung aufgenommen wird: „Für Verletzungen der Schüler bei Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht haftet der Staat, auch wenn kein Verschulden der Lehrperson oder einer Schulgemeinde vorliegt. In welcher Weise sich die Einzelstaaten etwa an Schuldigen Personen schadlos halten können, bleibt der landesgesetzlichen Regelung überlassen.“ Die Aneignung der Regierungen gegen Gesetzesänderungen ist sicher in diesen Fällen begründet; gegenüber der hier geforderten dürfte es aber wohl schwerer werden, auch nur einen einzigen Abwehungsgrund herauszufinden. Nachdem schon vor einer Reihe von Jahren die rigorose Bestimmung über die Haftung des Lehrers auf Wunsch der Landräthe herabgemindert worden ist, sollte auch die Forderung nach Schutz für die im Schul-

betriebe bezugnehmende Kinder willige Ozean finden. Der jetzige Rechtszustand steht in direktem Widerspruch zu der gesamten sozialen Gesetzgebung. In seiner baldigen Beseitigung sind alle Bewusstseinsklassen gleichmäßig interessiert.

*** Volkspark.** Wir wollen nochmals auf den heute abend stattfindenden Baller- und Blumenabend hin. Bei dem prächtigen Wetter ist es ein Genug, einige Stunden in dem herrlichen Volkspark zu verweilen. Entree kostet 10 Pf. Ein zahlreicher Besuch der Dienstleistungsleute kann nur empfohlen werden. Bei ungenügender Witterung findet das Konzert im großen Saale statt.

*** Der Streik der Stulleure** steht nach wie vor sehr günstig. Außer der Streikleitung sind alle Kollegen untergebracht. Wir richten das Ergehen an sämtliche Bauhandwerker, der Streikleitung davon Mitteilung zu machen, wenn auf Baustellen Stulleure sind, die nicht im Verein mitarbeiten wollen. Wir sind Arbeiter, steht uns in diesem Kampf zur Seite. Doch die Solidarität!

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Streikleitung).

*** Ferienwanderungen für Schüler.** Unter den vom Hallischen Lehrerverein veranstalteten Ferienwanderungen sei noch an die Wanderung am 26. d. Mts. erinnert. Sie führt nach Jena a. Bis Dornburg wird die Bahn benutzt; dann geht der Weg über Kautenburg, Burggrüne Kunitz, durch Kunitz bis in die Umgebung Jena's. Die Rückfahrt geschieht von Jena aus. Die Kosten für die Bahnfahrt betragen etwa 2.50 Mark. Führer ist Herr Mittelkühlerer Strotz. Er nimmt 11 Meldungen an, auch von Schülern anderer Lehranstalten, gern in seiner Wohnung Dittensbergstraße 6, part., entgegen. Sammelpunkt zur Fahrt ist der Bahnhof.

*** Ist Mauchen immer ein Glücksspiel?** Diese Frage, die namhafte Herr Hofmeister von Bedeutung ist und schon manchem Hallischen Hofmeister Unannehmlichkeiten brachte, unterlag der Zustimmung des Kammergerichts. Ein Hofmeister war in zweiter Instanz zum Landgericht zu vier Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er in seinem lokale Glücksspiel gebudet habe. Das Landgericht ließ einen Einwand, daß es sich nur um einen kleinen Betrag und nicht um ein Glücksspiel handelte, nicht gelten. Wenn man längere Zeit hindereinander spielt, könnten doch Verluste herauskommen, die im Mißverhältnis zu den Einnahmen der spielenden Personen länden. Es möge ja sein, daß beim Bespiel des Hofmeisters der Zufall nicht so ganz ausschließlich einfiel. Es müßte aber in letzter Instanz eine Entscheidung zugunsten des Hofmeisters sein, daß Mauchen immer ein Glücksspiel sei. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verurteilte die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgesprochen:

Das Reichsgericht habe nicht Mauchen auf alle Fälle für ein Glücksspiel erklärt, sondern es habe ausgesprochen, daß nicht als Rechtsmaß anzunehmen sei, daß Mauchen überhaupt und jederzeit ein Glücksspiel sei. Es könne mal ein Glücksspiel sein, andere aber ein einmal nicht zu sein. Es müsse immer der Verdacht in einzelnen Fälle festgestellt werden. Und zwar müsse immer festgestellt werden, ob der Zufall das Maßgebende sei oder nicht. Wenn also das Landgericht sage, Mauchen sei immer ein Glücksspiel, und auch immer, wenn es ohne Abwägung gespielt werde, so sei das ein Rechtsirrtum. Deshalb müsse das Urteil aufgehoben werden. Das Landgericht habe nunmehr in angelegener Sinne nachzuprüfen, ob hier im gegebenen Falle das Mauchen ein Glücksspiel gewesen sei, d. h. ob der Ausgang nach Art des Spiels vom Zufall abhing.

Wir bemerken zu hierauf, daß das Oberverwaltungsgericht im Gegensatz zu dieser Auffassung des Kammergerichts und Revisionsinstanz nicht nach ganz hiesiger Auffassung vertreten hat, daß Mauchen ein Glücksspiel sei, auch wenn es ohne Abwägung gespielt werde, ein Glücksspiel sei.

*** Schiffahrt für künftige Briefe nach Amerika.** Die Portierermäßigung von 10 Pf. für je 20 Gramm erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Druckdrucken usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nach anderen Gebieten Amerikas. Kronprinzessin Cecilie ab dem 2. Juli, Amerika am 10. Juli, Berlin ab Bremen 8. August, Kronprinz Wilhelm ab Bremen 8. August, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 10. August, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 18. August. Aufschluß nach Ankunft der Frachtschiffe. Alle diese Schiffe, wenn auch Pennsylvania, sind sehr komfortabel und sicher, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Fahrweise angeben können. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Selbstvermerk wie „Direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

*** Logisführer.** Am 11. d. Mts. hat sich ein angeleglicher Bahnfahrplan Wagner aus Magdeburg in einem Hause des Unterbezirks ein Zimmer gemietet, ist aber alsbald unter Umständen einer goldenen Damentur, auf deren hinterem Deckel ein Bildnis der Kaiserin zu sehen ist, von dem Besuchsbesuch ein 20 Jahre alt, 1.64 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und war bekleidet mit blauer Wäse und dunklem Jackettanz mit grauen Streifen.

*** Schläger.** Die Notiz von gestern, die von einer Schlägerei auf der Wärselstraße berichtet, muß dahin richtig gestellt werden, daß es sich nicht um Arbeiter, sondern um einen Arbeiterbauunternehmer und einen Wärselienhändler handelt.

*** Unglücksfälle.** Am Dienstag früh wollte am Wöllbergerweg eine Frau von einem in voller Fahrt befindlichen Wagen überfahren werden abbringen. Da die Frau es nicht in der richtigen Lage, ihr Leben zu wahren, war sie einige Zeit bewusstlos liegen geblieben. Die Verunglückte erholte sich jedoch bald wieder. Außer leichten Verletzungen am Kopf und Händen hat sie allem Anschein nach keine weiteren Nachteile davon getragen. Beim Ausladen eines Möbelwagens in der Gr. Brunnstraße verunglückte am Montag nachmittag der Arbeiter Preißke. Er transportierte eine Würde, mit der er die Treppe herabführte. Der Verunglückte zog sich durch den Fall einen Knöchelbruch des rechten Beines und innere Verletzungen zu.

*** Stillos aufgefunden.** Ein 84 Jahre alter auswärtiger Schuhmacher wurde am Montag abend in der Werderstraße in erschöpftem Zustande aufgefunden und der Klinik zugeführt.

*** Von der Straße.** Zur Hebung eines Verdes wurde die Feuerwache nach dem Giechschuhhof gerufen. — In der Großen Steinstraße am Montag abend ein Wasserbruch.

*** Diebstahl.** Ein Mann wurde in vergangener Nacht mit einem Saal Gemälde auf dem Rücken in der Wärselstraße durch die Diebstahlüberfälle festgenommen. — Einem Wärselienhändler wurde in vergangener Nacht eine größere Menge Wurst von einem noch unbekanntem Täter gestohlen.

*** Zusammenstoß.** Heute früh stieß ein mit einem Esel bespanntes Gefährt und ein Motorwagen der Straßenbahn in der Gr. Brunnstraße zusammen. Das Gefährt wurde leicht beschädigt. Die Schuld am Zusammenstoß soll dem Gefährtführer treffen.

Verkehrs- und Vereinigungs-Kalender.

Ballhaus-Theater. Heute, Dienstag, abend gelangt das dreitaugliche Theater der Tansammler von Nordsee-Wild und Erich Litgan, Wulff von Walter Schütz, zur erstmaligen Aufführung. Die Hauptrolle erzieht in Berlin und Hamburg. Durch seine ausgezeichneten Leistungen hat er eine hohe Kunst für sich das Stück wochenlang an dem Repertoire gehalten

